

über dieser Kriegsschauplatz ist jetzt Ms drei Senekeloge vom Rutterland entfernt und außerdem bestehen die Mächte darauf, daß das eigentliche Schanghai, d. h. die internationalen Konzessionen, von den Japanern nicht als Operationsbasis benutzt wird. Sonst wären natürlich die Chinesen berechtigt, bei ihrer Abwehr auf dem internationalen Charakter dieses Gebiets keine Rücksicht zu nehmen, und damit wäre das Leben von Tausenden von Weißen bedroht. Schon jetzt haben sich die Japaner wiederholt um diesen Einspruch der Mächte nicht gekümmert, was wiederum diplomatische Proteste in Tokio zur Folge hatte. Angesichts der bevorstehenden großen Offensiven sind die Mächte um das Schicksal ihrer Landsleute immer mehr besorgt. Schon hat man begonnen, die europäischen und amerikanischen Frauen und Kinder aus Schanghai abzuführen.

Doch unter diesen Umständen die Befürchtungen der Mächte um die weitere Entwicklung einen Grad erreicht haben, der an Panik grenzt, ist durchaus verständlich. Sie selbst tragen aber die Schuld daran, denn sie haben es aus Feigheit gegenüber Japan somert kommen lassen.

Die japanische Aktion gegen China hat vor fast einem halben Jahr begonnen. Damals wäre es noch möglich gewesen, durch einen energiegelichen Wochspruch zugunsten Chinas den sich entwickelnden Weltbrand im Keime zu ersticken. Keine der Völkerbundsmächte und auch nicht die Vereinigten Staaten haben den Mut dazu gehabt, für die Respektierung der internationalen Verträge durch Japan einzutreten. Was man seither erlebt, war nicht nur eine Tragödie Chinas, sondern auch eine Tragödie des Völkerbundes. Jetzt endlich hat man sich dazu entschlossen, einen nur an Japan gerichteten Appell zu erlassen, während man es bisher für richtig hielt, den Angreifer und sein Opfer gleichmäßig zu behandeln.

Aber Japan hat jeden Respekt vor dem Völkerbund verloren, außerdem ist sein Prestige, insbesondere nach dem erfolgreichen Widerstand der Chinesen um Schanghai, viel zu weit engagiert, als daß man auf sein Einlenken noch hoffen könnte. Im Gegenteil: es läßt jetzt die Rage aus dem Saß, indem es die dreifache Unabhängigkeitstomödie in der Wandschurei aufgeführt und indem es in der gestrigen Ratifizierung erklärt hat, das Völkerbundsstatut möge auf die ganze Erde Anwendung finden, nur nicht auf China, weil dies „ein geordneter Staat“ sei. Mit dieser zynischen Ausrufe hat Japan fast ein halbes Jahr lang gewartet. Jetzt, nachdem ihr letzter Versuch, die Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung mit juristischen Subtilitäten zu hintertreiben, gescheitert ist, weil er an dem klaren Wortlaut des Statuts scheitern mußte, rückt die japanische Regierung mit diesem ungeheuerlichen Argument heraus. Aber außer dem chinesischen Vertreter, der mit Recht darauf hinwies, daß Japan selbst seit Jahren daraus ausgegangen sei, Unordnung in China zu sühnen, hat kein einziger Ratvertreter den Mut gehabt, dieses zynische Bekenntnis zum Vortritt zurückzuweisen.

So kann man leider auch an die Einberufung der Völkerbundsversammlung keine allzu großen Hoffnungen mehr knüpfen. Sie mag höchstens noch dazu dienen, daß die Vertreter jener kleinen Nationen, die noch internationales Ehrgefühl im Leibe haben, die Tribüne des Völkerbundes benutzen, um das japanische Verbrechen vor aller Welt zu brandmarken.

Doch die Haltung der deutschen Diplomatie in dieser Frage nicht weniger erbärmlich ist als die der anderen Mächte, versteht sich von selbst. In der Wilhelmstraße begreift man noch immer nicht das höhere Interesse Deutschlands an einem wirksamen Schutz des militärisch Schwachen gegenüber dem aggressiven Imperialischer Uebermacht. Man denkt nur an die mögliche Unterwürfung des deutschen Standpunktes in der Reparationsfrage ausgerechnet durch Japan und kalkuliert sorgfältig die deutschen Exportüberschüsse nach Japan. Die deutsche Diplomatie mag sich zwar darauf berufen, daß die anderen Mächte ihr Verhalten im fernöstlichen Konflikt nach ähnlichen Gesichtspunkten richten. Wir können eine solche Beweisführung entschieden ablehnen.

Offensive hat heute nacht begonnen.

London, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Zu der Nacht zum Sonnabend, um 12 Uhr mittlereuropäischer Zeit, soll die japanische Offensive gegen die angeblich 90 000 um Schanghai stehenden chinesischen Soldaten begonnen. Die Vorbereitungen zur Räumung der internationalen Zone von Frauen und Kindern ist vollendet.

In London fand am Freitag infolge des Ernstes der Lage in China eine außergewöhnliche Kabinettsitzung statt. Es wurde ein Kabinettsauschuß gebildet, der auch während des Wochenendes tagen wird und eventuell sofort die notwendigen Entscheidungen treffen soll. Das Kriegs- und Marineministerium bleiben über das Wochenende geöffnet.

Kampf gegen den Landbund-Terror.

Ein sozialdemokratischer Anti-Terrorantrag angenommen.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags wurde gestern ein sozialdemokratischer Antrag beraten, der sich gegen die Terrorbestrebungen durch die sogenannten Rot- und Schwarzwaldgemeinden wendet. Interessant war dabei, daß der Landtagsabgeordnete Keller sich gegen den deutschen nationalen Junker von Rohr stellte und das Vorgehen des Landbundes rechtfertigte.

Der Bauernabgeordnete Keller billigte insbesondere die Verurteilung gegen den Landmann Pingel in Wilmersdorf im Kreis Segeberg, ohne daß er wußte, worum es sich überhaupt handelte.

Zum Schluß wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, in dem das Staatsministerium ersucht wird, den Terror des Landbundes mit allen Mitteln zu bekämpfen; insbesondere die Bereitstellung von Mitteln für genossenschaftliche Zwecke in jedem einzelnen Fall zu prüfen und dort zu versorgen, wo genossenschaftliche Einrichtungen zur Durchführung der Terrorbestrebungen des Landbundes mißbraucht werden.

Von der Preussentasse wurde noch die Erklärung abgegeben, daß streng darauf gehalten würde, genossenschaftliche Mittel nur für vorgesehene genossenschaftliche Zwecke zu verwenden.

Hochverratsverfahren gegen Dr. Otto Straßer. Gegen Dr. Otto Straßer, den Herausgeber der zur Zeit verbotenen „Schwarzen Front“ und Führer der „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten“, ist ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden. Es stützt sich auf eine Reihe von Artikeln in der „Schwarzen Front“ und auf Reden, die Straßer in den letzten Monaten gehalten hat.

Lausanne im Juni.

Nach der vorläufigen Einigung zwischen Frankreich und England.

An sich wäre es aus zahlreichen Gründen sachlich angebracht gewesen und es hätte auch im Sinne der Bestimmungen des Young-Planes und des Baseler Berichts gelegen, wenn die Regierungskonferenz über die Reparationen unmittelbar nach den Verhandlungen der Baseler Sachverständigen einberufen worden wäre. Aber bekanntlich sind alle Bemühungen, die Konferenz noch Ende Januar stattfinden zu lassen, hauptsächlich an dem Widerstand der französischen Regierung gescheitert, die sich vor den Neuwahlen nicht auf Reparationserörterungen belasten wollte. Inzwischen ist nun ein Einvernehmen zustande gekommen, nach dem sich die beteiligten Regierungen im Juni in Lausanne treffen wollen. Diese Verschiebung bedeutet natürlich eine weitere Verlängerung der internationalen Unangenehmheit und Unsicherheit. Aber so beklagenswert das sein mag.

So ist doch nicht zu verkennen, daß gewisse Momente vorhanden sind, die das neue Abkommen in einem für Deutschland nicht ganz ungünstigen Lichte erscheinen lassen.

Zunächst war man ja auch im deutschen Kabinett davon überzeugt, daß eine im Januar stattfindende Konferenz zu keinem endgültigen Ergebnis gelangen würde. Man rechnete mit einer Vertagung nach kurzfristigen Beratungen und hatte sich eigentlich schon auf die Fortsetzung und Beendigung der Verhandlungen im Juni eingestellt. Wichtiger aber ist, daß für die Juni-tagung die Tagesordnung fester umrissen und daß die Diskussionsbasis erweitert wurde. Es soll Aufgabe der Konferenz sein, „sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die die gegenwärtige Weltkrise verursacht haben und sie verlängern könnten“.

Nun ist aber der Bericht des Baseler Sonderauschusses maßgebend.

kein Muster an Eindeutigkeit und Präzision.

Er ist in seinem allgemeinen Teil und in seinen Schlussfolgerungen ein Kompromiß zwischen den Auffassungen der Gläubiger- und der Schuldnerstaaten. Da er jedem gerecht werden will, bemüht er sich, jedem etwas zu bringen, und die Folge ist, daß vielfach der Nachsatz aufsteht oder zum mindesten einschränkt, was im Vorderatz gesagt worden ist. Aber schließlich enthält er doch eine Reihe von für Deutschland wertvollen Feststellungen. So die, daß das Ausmaß der deutschen Krise die verhältnismäßig kurze Depression übersteigt, die der Young-Plan ins Auge faßt, daß das deutsche Problem in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, daß die Transferierungen in einem Umfang, der die Zahlungsbilanz erschüttern kann, das augenblickliche Chaos verschärfen usw.

Auch auf diejenigen Tatsachen, die außer den Reparationen und den internationalen Schuldenszahlungen überhaupt das Wirtschaftsleben während beeinflussen, wird Bezug genommen, aber es ist doch besonders bemerkenswert, daß in der jetzt zustandekommenen Einigungsformel ausdrücklich auch diese Tatsachen mit in den Bereich der Erwartungen gezogen werden.

Die Konferenz wird sich demnach nicht auf die Reparationsfrage beschränken, sondern sie soll all die Probleme umfassen, die, wie Währungserschütterung, Zollpolitik, neben der Verpflichtung, politische Schulden abzutragen, für die ökonomische Zerrüttung der Welt verantwortlich sind.

Nun ist es selbstverständlich, daß eine endgültige Lösung all dieser Fragen nicht von einem Gremium herbeigeführt werden kann, dem nicht die Vertreter aller Länder angehören. Aber immerhin wird es der Konferenz möglich sein, ein gewichtiges und vielleicht ein entscheidendes Wort zu sprechen, das ein Echo bei den anderen findet und den Anstoß zu Beratungen auf breiterer Grundlage bietet.

Buttlers „Unfall“.

Oder war es gar Selbstverstümmelung?

Darmstadt, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Der angebliche Ueberfall auf den heftigen Raziabgeordneten Buttler bereitet der Hitler-Partei immer größere Verlegenheit, da der Verdacht, daß es sich bei dem „Attentat“ um Selbstverstümmelung handelt, immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Die inzwischen gefundene Waffe ist eine französische Pistole. Die Röntgenaufnahme des noch im Körper Buttlers befindlichen Geschosses hat ergeben, daß es mit der in der Pistole enthaltenen Munition übereinstimmt. Ferner hat ein bekannter Frankfurter Gerichtsachverständiger festgestellt, daß die Wundung der Pistole beim Schuß an der Kleidung Buttlers angelegt gewesen sein muß. Buttler verteidigte sich im übrigen bei seiner Vernehmung in verschiedene Widersprüche. Vor seinem Weggang von zu Hause soll er gesagt haben: Es ist mir, als wenn mir etwas passieren würde. Die Fraktionsfreunde des Verletzten versuchen jetzt, einen „Unfall“ glaubhaft zu machen.

GA. überfällt Jungdo.

Hitlers Schlägerabteilungen am Werke.

Der „Jungdeutsche“ veröffentlicht den folgenden Bericht über einen nationalsozialistischen Ueberfall, der in der Nacht vom 16. zum 17. Februar in Gethdorf bei Kiel stattgefunden hat:

„Heute nacht wurde der dem Jungdeutschen Orden angehörende Gärtner Emil Jöhnt aus Gethdorf von Nationalsozialisten ja blutig geschlagen, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Da die tapfere GA. sich schnellstens auf Rädern entfernte, war eine freundliche Rückfrage nach der Ursache nicht mehr möglich.“
Stahlfelmente und Jungdeutsche werden von Hitlers Schlägerabteilung gleichmäßig zusammengeschlagen.

Der Herr Staatsanwalt.

Er fühlt sich als Razi-Agitator beleidigt.

München, 19. Februar. (Eigenbericht.)

In dem Donaustädchen Deggendorf betätigt sich der Staatsanwalt am hiesigen Landgericht, Dr. Schlumprecht, als einer der geschäftigsten Raziagitatoren. Als Staatsbeamter scheute

er sich nicht, in Versammlungen die gefährliche und gemissene Behauptung zu verbreiten, die deutsche Währung sei erschüttert. Der „Deggendorfer Donaudöle“, ein Organ der bayerischen Volkspartei, nahm sich daraufhin den Herrn Staatsanwalt kräftig vor und fragte in einem Artikel, ob denn ein Staatsbeamter eine Behauptung aufstellen dürfe, die dem Staat selbst den größten Schaden zufügt, und ob Staatsbeamte dafür bezahlt werden, daß sie ihren Brotgeber verrichten. „Gibt es für einen Staatsanwalt kein Gesetz?“ Dr. Schlumprecht strengte gegen die Zeitung Beleidigungsklage an. Sie wurde vom Gericht kostenförmig verworfen. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß der Herr Staatsanwalt die Grenze des Zulässigen überschritten habe und sich daher auch eine kräftige Zurechtweisung in der Öffentlichkeit gefallen lassen müsse.

Helden vor Gericht.

Ein Verleumder steht um milde Strafe.

Hannover, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Das erweiterte Schöffengericht verurteilte am Freitag den früheren Chefredakteur des hannoverschen Raziorgans wegen Beleidigung von Orzesjinski, Hermann Müller und Otto Braun zu 500 Mark Geldstrafe.

Der Razi-Chefredakteur spielte vor Gericht eine klägliche Rolle. Er gab sein Vergehen zu, weil er nicht nur nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte, sondern sich vom Gegenteil überzeugen mußte. Er hat deshalb um eine milde Strafe. Das Gericht kam diesem Wunsch des Razi-Verleumders nach, obgleich der Staatsanwalt für die schweren Beleidigungen insgesamt acht Monate Gefängnis beantragt hatte.

Das Ende.

Nicht einmal Konkursmasse im kommunistischen Konsumverein.

Halle, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Das Amtsgericht Halle verurteilte am Freitag in dem Konkursverfahren des Allgemeinen Konsumvereins Halle folgenden Beschluß: „Das Konkursverfahren über das Vermögen des Allgemeinen Konsumvereins von Halle wird eingestellt, da ein den Kosten des Verfahrens entsprechendes Vermögen nicht vorhanden ist.“

Außer einem Vorstandsmitglied des in Konkurs geratenen Vereins, einem Vertreter des Gläubigerausschusses und dem Konkursverwalter mochten nur einige Kleinpartei der endgültigen Bestätigung des „Roten Proletariats“ bei.

Painlevé verhandelt noch.

Konzentrationskabinett abermals gescheitert. — Linksregierung wird doch versucht.

Paris, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Die Situation hat sich in den späten Abendstunden wieder vollkommen geändert. Der auf Anraten Doumers unternommene zweite Versuch Painlevés, ein Konzentrationskabinett zu bilden, ist wieder gescheitert, so daß Painlevé nichts anderes übrig bleibt, als das heute vormittag geplante Linkskabinett zu konstituieren.

Die Ursache dieses neuen Mißerfolges liegt in der Befehung des Außenministeriums. Painlevé hatte sich am Vormittag telefonisch mit Paul Boncour in Verbindung gesetzt und ihm das Außenministerium angeboten. Paul Boncour nahm dieses An-erbieten an. Tardieu und Canal verlangten nun nach dem Eingreifen Doumers, daß Canal das Außenministerium behalte, während Tardieu sich damit einverstanden erklärte, den Posten eines Staatsministers ohne Portefeuille und des ersten Delegierten für die Abrüstungskonferenz zu übernehmen, wenn die Verteilung der übrigen Portefeuilles für die bisherige Mehrheit annehmbar sei.

Mit Rücksicht auf Paul Boncour und unter einem sanften Druck der Radikalen nachgebend, mußte Painlevé die Belassung Canals im Außenministerium ablehnen. Aber er bot Canal ein anderes wichtiges Ministerium an. Darauf gingen Tardieu und Canal nicht ein.

Painlevé erstattete daher dem Präsidenten der Republik Bericht über den Mißerfolg seiner Bemühungen und erklärte ihm, er sei jetzt fest entschlossen, noch in dieser Nacht ein Linkskabinett zu bilden. Die Versuche über die Zusammen- setzung dieses Ministeriums dauern um 1 Uhr morgens in der Wohnung Painlevés noch an und dürften kaum vor 5 Uhr beendet sein.

Sicher ist bisher nur, daß Paul Boncour in das Außenministerium einzieht. Painlevé wird wahrscheinlich neben der Ministerpräsidentenschaft das Innenministerium übernehmen, Barthou das Kriegsministerium, Steeg oder Chautemps das Justizministerium und Luggues das Marineministerium. Das Kabinett wird sich am Dienstag der Kammer vorstellen.

Man rechnet darauf, daß es eine Mehrheit von etwa 10 Stimmen erhalten wird.

Formale Reichswehrbeleidigung.

Seeger zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte gestern den Reichstagsabgeordneten Gerhard Seeger wegen formaler Beleidigung der Reichswehr zu 500 M. Geldstrafe, für die im Reichswehrgesetz- stück 50 Tage Gefängnis treten. Dem Reichswehrminister wurde die Publikationsbefugnis im „Vorwärts“ zugesprochen.

Seeger soll an einem Klubabend der Liga für Menschenrechte am 17. November 1930 als einer der vielen aufstretenden Redner zum Thema „Christung nach dem Bericht der Berliner „Börsen- zeitung““ gefagt haben, die Reichswehr müßte diffamiert, und die Reichswehrsoldaten müßten wie die Pest gemieden werden. Seeger hatte unmittelbar darauf an verschiedene Blätter eine Berichtigung eingeschickt, in der er behauptete, mißverstanden worden zu sein. Er habe nur von denjenigen Militärlisten gesprochen, die, im Gegensatz zur offiziellen Christungsliste, die Reichsregierung zu einem neuen Krieg hegen. Diese Anschauung müsse diffamiert werden.

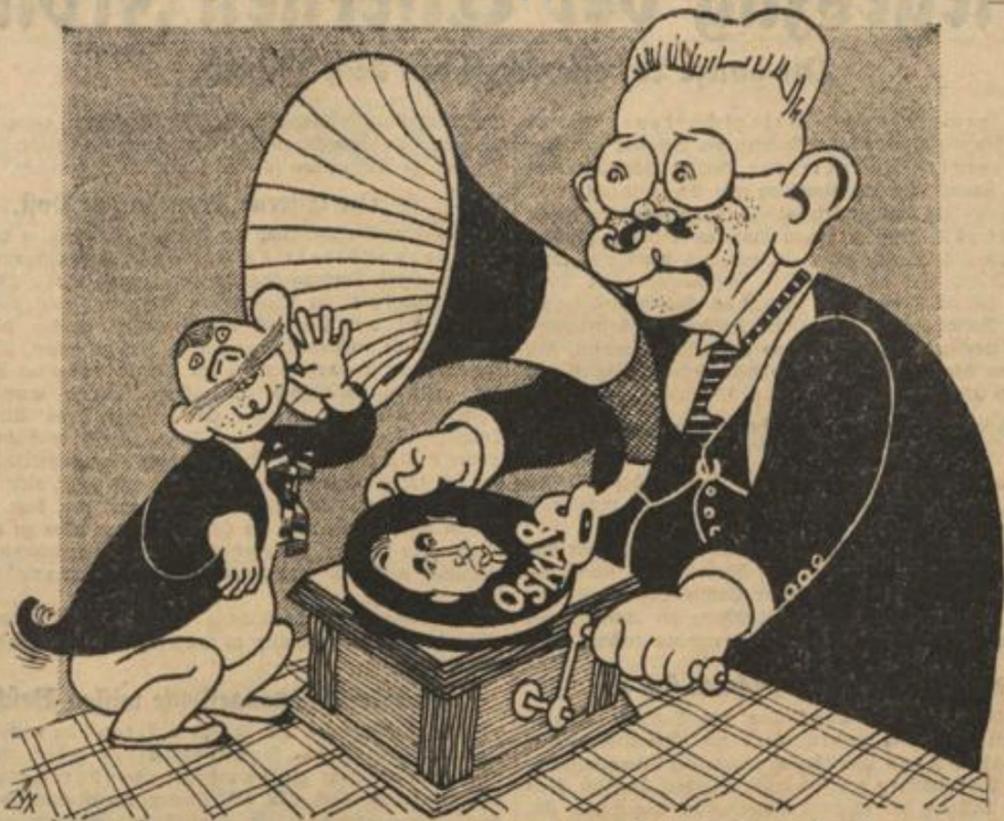
In der Verhandlung im Januar d. J. hielt Seeger diese seine Erklärung aufrecht und fügte hinzu, daß eine Beleidigung der Reichswehr als solche seiner Gesamteinstellung und seinem Empfinden widerstrebe. Er habe selbstverständlich den einzelnen Reichswehr- soldaten, der ja nur seine Pflicht erfülle, nie beleidigen wollen. Die Verhandlung wurde verzagt, um dem Verteidiger des Angeklagten, Alt. Otto Landsberg, die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Reichswehrminister wegen eines Vergleiches in Verbindung zu setzen. Seeger erklärte sich auch bereit, soweit jener Anspruch mißver- ständlich sei, ihn mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzu- ziehen. Reichswehrminister Groener hatte seine Einwilligung zu diesem Vergleich bereits gegeben, aber die Bedingungen noch ver- schärft, nachdem Seeger im Zusammenhang mit der Verurtei- lung des Redakteurs der Weltbühne Offieky wegen Landesverrats einen kritischen Artikel geschrieben hatte. Also schloßerte der Vergleich und es kam gestern zur zweiten Verhandlung. Staatsanwalt Dr. Kreis mann erachtete auf Grund der Be- weisaufnahme den Tatbestand einer formalen Beleidigung für ge- geben und beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Rechtsanwalt Landsberg äußerte seine Vermunderung über die Höhe des Straftrags, der in volstem Gegensatz zu den Strafen stehe, mit denen Beleidigungen selbst hoher Beamten noch geahndet werden, unterstrich, daß es nicht durch die Schuld Seegers zur Hauptverhandlung gekommen sei und beantragte freispruch. Die Feststellung der Beweisaufnahme, erklärte er, sei nicht zuungunsten des Angeklagten ausgefallen. Es mag zugegeben werden, daß er sich in seiner Rede nicht klar ausgedrückt habe. Selbst unterstellt, die Ausdrücke seien so gefallen, wie die Anklage es behauptet, so liege kein Vorfall vor. Seeger habe erklärt, daß er etwas ganz anderes gemeint habe, als aus seinen Worten herausgehört worden sei. Er habe eingangs der Rede vom 12. November 1930 ausdrück- lich betont, er wolle die Politik seiner Partei verteidigen. Diese sei aber nicht gegen die Institution der Reichswehr gerichtet. Seeger habe auch mit seinen Parteigenossen für den Reichswehrretal ge- stimmt, obgleich es ihm freigestanden hätte, der Abstimmung fern- zubleiben. Es sei ihm nicht zuzutragen, daß er gefagt habe, man müsse um die Reichswehr einen Bestand ziehen. Er habe sich schlimmstenfalls ungeschickt ausgedrückt. Es könnte des- halb höchstens Fahrlässigkeit als gegeben erachtet werden. Eine nicht mit Willen ausgeprochene Beleidigung sei aber nicht strafbar.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Rüdert aus, daß sowohl der objektive wie der subjektive Tatbestand der Be- leidigung erfüllt sei, von einer Fahrlässigkeit könne keine Rede sein. Der Angeklagte habe sich des ehrenränkenden Charakters seiner Worte bemußt sein müssen. Er hat allerdings nicht im Namen seiner Partei gesprochen, sondern als überzeugter Pazifist zu Pazifisten und nicht den einzelnen Reichswehrsoldaten, sondern die Reichswehr als solche im Auge gehabt. Strafmißwendend sei zu berück- sichtigen, daß die Rede im engen Kreise von Pazifisten gehalten wor- den sei, und daß die Forderung der Diffamierung nicht von allzu großer Gefährlichkeit sei; es habe sich mehr um eine starke rhetorische Phrase gehandelt.

Goebbels-Verbot aufgehoben. In der gestrigen Sportpalast- versammlung der Nazis wurde bekanntgegeben, daß das Redroverbot gegen Goebbels ab nächsten Montag aufgehoben ist.

Die Stimme seines Herrn.



Eugen Berg: „Wenn die Walze nicht zieht . . .“

Das Reichsstädtebaugesetz.

Ein Werk der Gemeinnützigkeit gegen das Privatinteresse.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beriet vom 8. bis 19. Februar den Entwurf eines Reichsstädtebaugesetzes bis auf einen kleinen Rest in zweiter Lesung und setzte dann die Fortsetzung der Beratung bis Ende Mai aus, um der Regierung Zeit zu lassen, sich mit den Ländern über die Einwände gegen den Entwurf zu verständigen. Damit soll künftigen Einwendungen des Reichsrats begegnet werden. Die verschiedenen Interessentengruppen: Deutscher Städtebund, Verband der preußischen Provinzen, Deutscher Siedler- und Verkehrsband, Verband der Elektriker, der Architekten usw. hatten ihre Einwendungen den Ausschußmitgliedern mitgeteilt. Ihre Anregungen wurden von den Ausschußmitgliedern der Sozial- demokratischen Partei aufgenommen und, soweit sie in den Rahmen des Gesetzes paßten, auch vom Ausschuß angenommen. Die An- träge zielten, wie wenig der Grundgedanke des Entwurfs an- gefochten wurde. Dadurch ist der größte Teil der Bedenken gegen den Entwurf beseitigt worden.

Die Wünsche der Kleinrentner auf Schonung ihrer wirt- schaftlichen und sozialen Eigenart bei Planung und Anlagere- leistungen, sowie bei Rückgabe enteigneten Grundbesitzes wurden berücksichtigt.

Der Kreis der aus dem Wohnbezirk auszuschließenden Betriebe ist auf die „lästigen“ ausgebehnt worden.

Bei der Planung sollen auch die unterhaltungspflichtigen Provinzverbände, Kommunalverbände und Wasserläufe mitbestimmen. Der Begriff der Durchgangs- und Ausfallstraßen ist klarer gefaßt worden.

Die Enteignung soll auch für die Errichtung von Anlagen, die der lebenswichtigen Versorgung der Allgemeinheit dienen, mög- lich sein.

Als unehaute Flächen sollen auch solche Grundstücke gelten, auf denen minderwertige Baulichkeiten, wie Schuppen, stehen.

Den wilden Siedlungen soll dadurch vorgebeugt werden, daß die Leitung von Grundstücken der Genehmigung bedarf.

Vorsorge ist getroffen worden, daß die Zuständigkeit des zu schaffenden Reichsverwaltungsgerichts nicht im voraus durch die Landesgesetzgebung ausgeschaltet werden kann, um.

Auch bei der zweiten Lesung prallten die Gegenfälle — Pri- vatwirtschaft oder Gemeinnützigkeit — hart aufein- ander. Als Exponent der rücksichtslosen Privatwirtschaft trat be- sonders der Wirtschaftsparteiler Lude hervor, der gleich einen Katalog von Anträgen vom Haus- und Grundbesitzer- verein übernommen hatte. Eine Rechtsfront einschließlich des Zen- trums entstand gegen das im Entwurf vorgesehene Verkaufsrecht der Gemeinden. Interessant war das Eingeständnis des Zentrums- abgeordneten Dr. Scheller, der zwar rechtlich die Vor- schriften für unbedenklich und einwandfrei bezeichnete, aber gegen das Verkaufsrecht war, weil es geeignet sei, den Grundstückswert herabzudrücken; der Großgrundbesitzer ging also mit dem Juristen durch. Der Angriff wurde mit Unterstützung der Staatspartei und des christlich-sozialen Volksdienstes abgeschlagen.

Die Kirche suchte auch hier ihre besonderen Interessen zu wahren. Bei der Enteignung ihrer Grundstücke soll ihre Zustimmung an Stelle der Landesregierungen gelten. Ein Anspruch, der das Recht der Länder annulliert und von den Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt wurde. Der Wehrheitsbeschuß wird nicht durch die Erklärung des Zentrumsabgeordneten Dr. Scheller schmök- hender, daß dies nicht für das im Besitz der Kirche befindliche Ge- lände gelten soll.

Für bebauten Grundstücke wurde wieder, wie in der 1. Lesung, der ermittelte Steuerwert als Entschädigungswert festgelegt, abgleich der Regierungsperiode erklärt, daß dann die Reichsregierung dem Gesetz nicht zustimmen werde. Die endgültige Regelung wird in der Endberatung erfolgen.

Untersuchung gegen Fried.

Parlamentarischer Ausschuß in Tätigkeit.

Weimar, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags, der vor allem Fried's Amtsführung als Minister unter- suchen soll, ist am Freitag zu seiner ersten Sitzung zusammen- getreten. Vorsitzender des Ausschusses ist der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Brill. Die von ihm vorgelegten Beweisanträge wurden von dem Ausschuß und von der Regierung gebilligt.

Am 15. März sollen von dem Ausschuß folgende Zeugen ver- nommen werden: Hiller, Fried, Hauptmann Stennes, Kapitän- leutnant Ehrhardt und die beiden an der Hildburghäuser Affäre beteiligten Ministerialbeamten. In dem Beweisantrag zu dieser Affäre fordert der Ausschuß die Vorlage der entsprechenden Akten des Ministeriums des Innern und des Staatsministeriums sowie das Vernehmungsprotokoll der Ministerialbeamten über diese An- gelegenheit.

Die goldene Hitler-Jugend.

Gefängnisstrafe wegen Mißhandlung eines Journalisten.

Köln, 19. Februar.

Die Nationalsozialisten hatten im März v. J. in der Wesschalle in Köln-Deutz eine Versammlung abgehalten, in deren Verlauf der Berichterstatter eines Kölner Zentrumsblattes, der am Pressefoto die Ausführungen des Parteirechners Dr. Ley aufgenommen hatte, von mehreren Nationalsozialisten mißhandelt und schließlich mit Fußtritten aus dem Saal gemieden worden war. Auf die Anzeig des verletzten Journalisten war gegen den Haupttäter, einen Re- dakteur, Offizialanfrage erhoben worden, die aber in erster Instanz, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, zu einem Freispruch führte, weil gemeinschaftliche Körperverletzung nicht hinreichend er- wiesen und wegen einfacher Körperverletzung kein Strafentwurf ge- stellt worden war.

Die Oberstaatsanwaltschaft legte Berufung ein, die heute vor der Großen Strafkammer mit einer Verurteilung des angeklagten

Schriftleiters wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung endete. Unter Verfügung mildernder Umstände und ohne Bemehrungsfrist wurde der Angeklagte zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung hob das Gericht hervor, daß der Täter das Gastrecht gräßlich verletzt habe, da der Berichterstatter in Erfüllung einer Berufspflicht in der Versammlung gewesen sei.

Aufsichtsräte.

Sinter den Kulissen der „Wirtschaftsführung“.

Im Schultheiß-Prozess ereignete sich das folgende Zwiesgespräch zwischen dem Vorsitzenden und dem früheren Direktor der Deutschen Bank von Stauß:

Vors.: Wie war die Arbeitsweise des Aufsichtsrats?

Stauß: Der Aufsichtsrat hatte im allgemeinen den Ueberblick gewonnen, den man in einem derartigen Konzern haben kann, und zwar auf Grund von Berichten der Ge- neraldirektoren, die einen durchaus verantwortungs- bewußten Eindruck machten. Der Aufsichtsrat war von dem großen Vertrauen getragen, das die Gesellschaft in der Öffentlichkeit genoss.

Die Herren Aufsichtsratsmitglieder waren also ungefähr so in- formiert wie der Leser des Handelssteils einer größeren Zeitung — vielleicht sogar noch etwas schlechter. Für diese Tätigkeit bezogen sie ihre Lantime. Wie wäre es, wenn die Zeitungslieferer gleiche Lantimeforderungen anmelden würden?

Irlands Wahlergebnis.

Erfolg der Sinnfeiner-Partei.

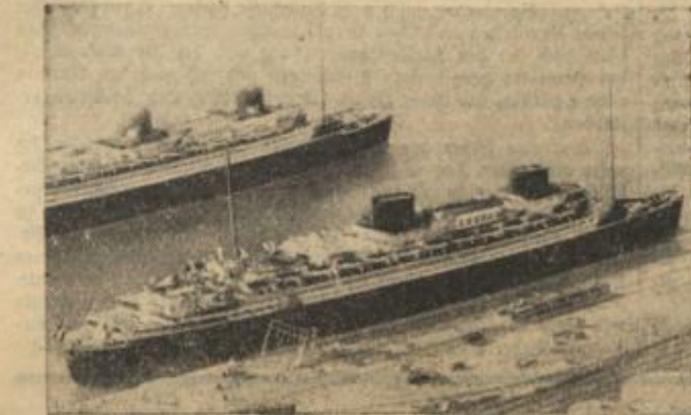
London, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Das Ergebnis der irischen Wahlen lag am Freitagabend noch nicht vollständig vor. Bis jetzt hat die Partei de Valeras 47, die Regierungspartei 37, die Unabhängigen 11 und die Sabour- Party 5 Siege erhalten. Die Partei de Valeras hat auf Kosten aller anderen Parteien zahlreiche Sitze gewonnen.

75 Jahre Ozeanfahrt.

Am 20. Februar vor 75 Jahren wurde der Norddeutsche Lloyd in Bremen durch den Konful H. H. Meier und Eduard Crüsemann gegründet, um eine leistungsfähige Dampferverbindung zwischen Bremen und New York zu schaffen. Der erste Dampfer nach New York, die „Bremen“ (drei Masten mit Segelvorrichtung, man vertraute damals der Kraft des Dampfes noch nicht bedingungs-

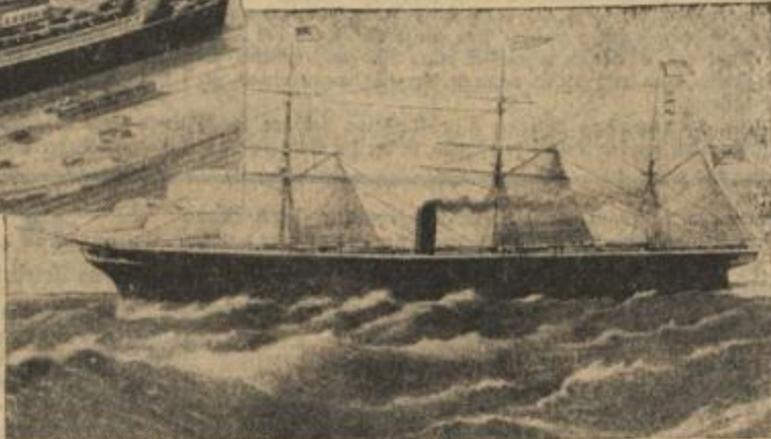
los), verließ Bremerhaven im Juni 1858, zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Einfluß einer schweren Wirtschaftskrise standen, die auch die europäischen Länder erheblich in Mitleidenschaft zog. Neben der New-Yorker Linie wurden gegen Ende der sechziger Jahre (z. B. nach dem deutsch-französischen Kriege) Dienste nach Baltimore und New Orleans sowie nach Brasilien und Argentinien eingerichtet. Nach dem Jahre 1881 vollzog sich gleichzeitig mit dem weiteren Ausbau der Schifffahrtslinien die allmähliche Umgestaltung der Dampfertypen.



Der erste Lloyd-Dampfer vom Jahre 1857 (etwa 2600 Brutto-Registertonnen)

los), verließ Bremerhaven im Juni 1858, zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Einfluß einer schweren Wirtschaftskrise standen, die auch die europäischen Länder erheblich in Mitleidenschaft zog. Neben der New-Yorker Linie wurden gegen Ende der sechziger Jahre (z. B. nach dem deutsch-französischen Kriege) Dienste nach Baltimore und New Orleans sowie nach Brasilien und Argentinien eingerichtet. Nach dem Jahre 1881 vollzog sich gleichzeitig mit dem weiteren Ausbau der Schifffahrtslinien die allmähliche Umgestaltung der Dampfertypen.

Die neuen Riesen-Schnelldampfer „Bremen“ und „Europa“ mit je etwa 50 000 Brutto-Registertonnen Fassungsvermögen



Schwere Verluste hatte der Lloyd durch den Krieg und seine Auswirkungen zu verzeichnen. Von rund 982 000 Bruttoregistertonnen verblieben der Wiederei nach Abschluß des Friedensvertrages 57 000 Bruttoregistertonnen. Um die Fäden mit dem über-

des Passagierverkehrs nach Brasilien und Argentinien folgte. Im Februar 1922 sandte der Norddeutsche Lloyd seinen ersten eigenen Dampfer wieder von Bremen nach New York.

Durch die Uebernahme der Roland-Linie, der Hamburg-Bremer Afrika-Linie, der Horn-Linie und später mehrerer kleinerer Reedereien und ihrer Betriebsmittel erhielt die Flotte des Norddeutschen Lloyd einen nicht unerheblichen Zuwachs. Am 1. Januar 1932 betrug die Tonnage insgesamt 950 317 Bruttoregistertonnen. Sie hat damit die Vorkriegstonnage mit rund 982 000 Bruttoregistertonnen bis auf rund 23 000 Bruttoregistertonnen wieder erreicht. Von der Gesamttonnage entfallen etwa 9,5 Proz. auf die beiden Schnell-Dampfer „Bremen“ und „Europa“, deren Indienststellung 1929 und 1930 erfolgte.

Schwindelanfall erlitten und beim Hinfallen muß er den Gas Schlauch abgerissen haben. Die in großen Mengen austretenden Gase führten den baldigen Tod des Ohnmächtigen herbei. Der Unfall wurde erst in den späten Abendstunden entdeckt.

Guido Hachebeil verhaftet.

Verdacht der Aktienverschöbung und Konkursverbrechen.

Im Auftrage der Staatsanwaltschaft wurde am Freitagvormittag Generaldirektor Guido Hachebeil von Kriminalbeamten festgenommen und der Staatsanwaltschaft in Moabit vorgeführt. Hier wurde Hachebeil von Staatsanwaltschaftssekretär v. Haake einem eingehenden Verhör unterzogen, das bis in die späten Abendstunden dauerte. Der Verdacht, daß Hachebeil sich strafbar gemacht hat, hat sich im Laufe der Vernehmung so verstärkt, daß er nicht entlassen, sondern ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. Im Laufe des Sonnabends wird der Beschuldigte dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl gegen ihn erlassen wird.

Die Hachebeil A.-G. ist im Jahre 1929 bereits in Konkurs gegangen. Dem Generaldirektor, der im Aufsichtsrat saß, wird nun vorgeworfen, daß er über die Danat-Bank und die Verkehrs-Bank durch seine Aktiengesellschaft Aktienmanipulationen vorgenommen hat, die er später in seiner Eigenschaft als Aufsichtsrat betrügerisch ausnützte. Es wird ihm vorgeworfen, daß er auf diesem Wege Aktien für mehr als eine Million Mark verschoben haben soll. Außerdem ist er noch des Konkursverbrechens angeklagt.

Nach dieser Verhaftung darf man hoffen, daß endlich Licht in eine der dunkelsten Wirtschaftssaffären kommt, was um so nötiger ist, als die Geschichte schon jahrelang in Berlin diskutiert wird. Dieses Unternehmen, das bekanntlich eine große Zahl an Zeitschriften verlegte, galt lange als glänzend, bis im Jahre 1929 eine Sanierung vorgenommen werden mußte. Außerordentlich merkwürdig war aber, als ein Jahr später festgestellt wurde, daß noch Verluste aus der Zeit vor der Sanierung in Höhe von 18 Millionen Mark aufgelaufen waren, ein Zeichen, daß hier nicht nur etwas, sondern alles faul war. Es wurde dann der Konkurs eröffnet. Schon im April vorigen Jahres erklärte der Konkursverwalter auf einer Gläubigerversammlung, daß die Gesellschaft tatsächlich schon im Jahre 1927 konkursreif gewesen sei. Die Kreditbedürfnisse seien durch wiederholte Kapitalerhöhungen gedeckt worden. Aber nur zum Schein, denn tatsächlich haben diese Kapitalerhöhungen der Gesellschaft keine neuen Mittel gebracht, weil die neuen Aktien auf undurchsichtige Weise Leuten um Guido Hachebeil zugeschoben wurden. Diese Aktiengeschäfte werden wohl jetzt endlich aufgeklärt werden.

Brandkatastrophe in Spanien.

Vier Tote, 26 Verletzte. — 120 Familien obdachlos.

Madrid, 19. Februar.

In einer Drogerie in Bilbao entstand bei der Herstellung eines Wachspräparats eine Explosion, die zu einer furchtbaren Feuerbrunst führte. Infolge der leicht brennbaren Materialien stand mit unheimlicher Geschwindigkeit alsbald das ganze zehnstöckige Haus in Flammen. Auch zwei Nebenhäuser wurden von dem Brande erfaßt; alle drei brannten bis auf die Grundmauern nieder. Der Einzelwohner bemächtigte sich eine wilde Panik. Sie waren zum Teil durch das Feuer abgeschnitten und sprangen in ihrer Angst von den Balkons auf die Straße. Trotz des sofortigen Eingreifens der gesamten Feuerwehreinheit vier Tote, sechs Schwer- und 20 Leichtverletzte zu beklagen. 120 Familien sind durch den Brand obdachlos geworden.

Keine Verfehlungen von Beamten.

Der Polizeipräsident zum Buchmacherskandal.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Anlässlich der von mir eingeleiteten Untersuchung über das Zustandekommen zahlreicher Buchmacherskandale sind in der Öffentlichkeit Behauptungen aufgetaucht, nach welchen Beamte der verschiedenen Dienstgrade des Polizeipräsidenten Berlin sich irgendwelche Unkorrektheiten hätten zuschulden kommen lassen. Solche Behauptungen sind als Gerüchte auch früher schon verbreitet worden und waren bereits Gegenstand einer Untersuchung, die ergebnislos verlief. In einem Falle ist auch eine gerichtliche Nachprüfung erfolgt. Es ist auch jetzt wieder allen diesen Andeutungen und Behauptungen nachgegangen worden, obwohl niemals den Beschuldigten irgendwelche Unterlagen beigelegt waren und sie

zum Teil anonym erfolgt sind. Als Ergebnis der bisherigen Ermittlungen kann auch jetzt wieder festgestellt werden, daß in keinem Falle Beamte des Polizeipräsidenten Berlin irgendwelche Handlungen vorgenommen haben, die mit ihren dienstlichen Pflichten in Widerspruch stehen. Bei dieser Gelegenheit sollte in der Öffentlichkeit erneut bedacht werden, ob es richtig ist, wahllosen Beschuldigungen gegen schutzlose Beamte auch nur andeutungsweise Beachtung zu verschaffen, ohne sich über den Charakter der Urheber und die Genauigkeit der Beschuldigung genügend informiert zu haben.“

Tod durch austretende Gase.

Auf tragische Weise ist gestern der 61jährige Schneider Wilhelm Lippert aus der Luchener Str. 24 ums Leben gekommen. Er war in den Mittagsstunden mit Bügelarbeiten beschäftigt, wozu er ein Gasplättchen benutzte. Offenbar hat der belagte Mann einen



„Aber Anita“, sagt John und zwingt sich zu einem Lächeln. „Das Fieber tut gut. Durch das Fieber verbrennen die schlechten Säfte im Körper. Fieber ist die beste Selbsthilfe des Körpers bei jeder Krankheit.“

Eine Filmgesellschaft hat eine kleine Uebersetzung geschickt. Anita überleht für John. Sie fragt nach einem Ausdruck. Da sagt John: „Ach, nimm das Buch dort links, ich weiß, nach welchen Gesichtspunkten alle Diktioniere zusammengestellt sind, in dem Buch findest du es gewiß.“ Anita findet das Wort.

John legt sich auf die rechte Seite. „Lints drücke ich mein Herz“, meint er, „es ist heute so wild. Anita, wirklich, es benimmt sich, wie ein hochendes Pferd.“

John schläft ein. Doch wacht er nicht wieder auf. Sein Herz hat plötzlich den Dienst verjagt.

Vielleicht war es schon seit längerer Zeit schwach gewesen? Wer wußte das?

Anita ist starr. Ist das Leben denn wirklich so kitschig! John hatte doch einen Anspruch aufs Leben. Er hatte doch alle die Kräfte, die in ihm waren, noch gar nicht ausgelebt.

Die Wirtin erzählte Wunderdinge von Kampferpflügen und Massagen bei Herzschwäche und macht Anita Vorwürfe, daß sie nicht eher zu einem Arzt geschickt habe. Nun müsse ja doch ein Arzt her, um den Totenschein auszustellen.

Anita antwortet auf nichts. Anita weint auch nicht, sie bleibt starr. Sie borgt sich von der Wirtin Geld und schickt zwei Telegramme, eins nach Bremen und eins an Billy.

Tim und Billy kommen mit dem gleichen Zug. Anita steht auf dem Bahnhof. Billy gibt ihr die Hand, Tim reicht ihr die Fingerspitzen. Vor dem Lehrter Bahnhof übermacht ein Schupo den Verkehr. Durch ihn winkt Tim einer Tage. Wortlos fahren Tim, Billy und Anita in die Wohnung.

Tim guckt Anita vorwurfsvoll an, seine Blide sagen zu ihm: „So weit ist mein Bruder durch dich gekommen.“

Billy denkt, der arme John, er hat gar keine Sonne gehabt.

Tim befiehlt die Ueberführung der Leiche nach Bremen. Anita willigt wortlos ein. Tim macht alle die lastenden, nötigen Wege.

Billy verspricht einem reichen Artistenfreund echte indische Perlfisckereien und bekommt für sie eine ansehnliche Anzahlung. Dann kauft er Anita Trauerkleider.

In Bremen wird John feierlich beerdigt. Billy und Anita halten sich abseits von der Familie. Anita macht sich Vorwürfe, daß sie der Beeridigung in Bremen zugestimmt hat. Nun liegt John im Familiengrab, wo er nicht hingehört. Er wollte nicht in den Schoß der Familie zurück.

Der Vater verjagt verschiedentlich mit Anita eine Verbindung anzuknüpfen. Selbst auf dem Friedhof gibt er den Versuch nicht auf. Er macht diese Annäherungsversuche heimlich.

Anita beachtet sie nicht. Sie will nicht, daß er ihretwegen mit der Familie Unannehmlichkeiten hat. Er ist der Chef der Familie, doch beherrscht die Familie ihn. Da ist die Mutter, die nie wohlwollend, sondern nur wohltuend ist. Anita dankt für die Wohlthaten. Da ist der Bruder Tim, der Anita Johns Abstieg nicht verzeiht. Da ist die Schwägerin, die tiefbetrübt ist, weil ihr Schwarz nicht steht und sie verschiedene Gesellschaften abjagen muß.

Nein, Anita will nichts mit ihnen zu tun haben. Sie wird die Möbel verkaufen und dann wieder mit Billy auf Tour gehen.

Nach der Beeridigung trinken Billy und Anita in dem vornehmen Haus in Bremen Kaffee. Sie trinken ihn ziemlich eilig, weil der Hamburger D-Zug bald abfährt.

In der Familie ist man entsetzt und zugleich ercreut über diese Lösung. Nur der Vater nicht, er möchte von Anita noch zu gern etwas über Johns letzte Tage erfahren. Der Chef der Familie ist in ein paar Stunden alt geworden. Es schmerzt ihn, daß der Sohn nicht den Weg zu ihm fand.

Er hätte ihn nicht gedemütigt, ganz bestimmt nicht, er nicht. Er ist nicht schuld an diesem Ende. Doch die Mutter und Tim und Helene. Oh, er versteht es, warum John nicht zurückkam.

Aber er, wie gerne wäre er noch zu seinem Sohn gegangen, er hätte nur „John“ gesagt und ihm über Stirn und Haare gestrichen. John hätte ihn verstanden. Ach, warum hätte er John nicht noch einmal gesehen.

Ueberrächtigt, fröstelnd fahren Billy und Anita in die Nacht hinaus. Sie denken an die nächste Zukunft, die wird noch Plagen mancher Art bringen, aber in Polen winkt ein gutes Engagement. Sie werden über die nächsten Monate kommen.

Sie sprechen von John und Anita legt ihren Kopf an Billys Schulter und weint. Billy sagt: „Anita, wir wollen John nicht vergessen, wir wollen viel an ihn denken und wir beide wollen immer gut sein.“

Die Reise durch Polen.

Schon am anderen Morgen sucht Billy seine besten perlgestickten Gürtel und eine mit Perlen bestickte Weste heraus, um sie nach Berlin an den Artistenfreund zu schicken. Billy ist sehr gebefreudigt. Er sendet, als Belohnung der schnellen Hilfe, ein Paar Cowboyhandschuhe als Sonderzugabe.

Es wäre doch zu peinlich gewesen, wenn er das Geld nicht sofort bekommen hätte. Dann hätte Anita Johns Familie in Anspruch nehmen müssen und das wäre nicht nur Anita, das wäre auch Billy äußerst unangenehm gewesen. Sie wollten sich nichts schenken lassen.

Billy denkt immer wieder an die Schwägerin Helene. Wie die mit ihrer großen kostbaren Handtasche auffällig prunkend paradierte. Billy stand es auf den Lippen zu sagen: „Madame, es ist keine Kunst, 1000 Mark auszugeben, aber es ist ein Kunststück, 10 Mark zu verdienen.“

Er ärgert sich sehr, daß er es nicht gesagt hat. Auf wen hat er eigentlich Rücksicht genommen? Auf den toten John? Nein, auf den nicht. Diese Bemerkung wäre doch toll und ganz in Johns Sinn gewesen. Er hatte also auf die Schwägerin Helene Rücksicht genommen. Die Sache wurde immer ärgerlicher, je mehr er darüber nachdachte.

Als Anita sich beruhigt hatte, reiste sie nach Berlin und verkaufte die Sachen. Billy fragte gar nicht, wie viel sie bekommen habe. Er wußte es ja ohnedies, es war herzlich wenig.

Beide rüsten für Polen. Neue Nummern werden eingekauft. Diesmal gilt es nicht, in dem intimen Raum der Bühne oder dem Rund der Manege, sondern auf große Entfernungen zu wirken.

Billy läßt seine neuen Tricks von einem Ischerleisenreiter begutachten. Der kommt erst aus Polen und weiß, was dort gefällt. (Fortsetzung folgt.)

Schluß mit der Nazimordpest!

Ein wirkungsvolles Plakat an Berliner Litschfäden.

In den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden konnte man an vielen Stellen der Hauptverkehrsstraßen Berlins große Menschenansammlungen beobachten. Die Leute starrten alle auf die Litschfäden, die in äußerst wirkungsvoller Weise, weißhin leuchtend, ein schwarzumrandetes Plakat der Sozialdemokratischen Partei mit der Überschrift „Zwei Jahre Nazi-Morde!“ zeigten.

Das Plakat, das am Anfang nur den einen Satz trägt: „Adolf Hitler am 24. Februar 1931 in München: Es geschieht nichts in der Bewegung, ohne daß ich es weiß und ohne daß ich es billige, ja, noch mehr, es geschieht gar nichts, ohne daß ich es wünsche“, bringt die Totenliste der von nationalsozialistischen Verbänden ums Leben gebrachten Arbeiter und Angehörigen. Vom 29. Dezember 1929 bis zum 12. November 1931 sind 62 Arbeiter, darunter eine Frau, von den Anhängern der Hitlerischen „Arbeiter-Partei“ umgebracht worden.

Angeichts der genauen Angabe des Namens, des Tatortes und des Datums der Mordtaten verstummen selbst die größtmöglichen SM-Burschen, die das Dokument der Schande ihrer Partei gleichfalls eifrig studierten. Das Plakat trägt am Ende der Totenliste die Forderung: „Macht Schluß mit der Nazi-Mordpest!“, eine Mahnung, die auch die zuständigen Regierungsstellen endlich beherzigen müssen!

In Braunschweig verboten!

Wie uns von der sozialdemokratischen Werbeabteilung mitgeteilt wird, hat das Polizeipräsidium in Braunschweig die öffentliche Verbreitung eines Flugblattes, das genau denselben Text wie die Plakate an den Berliner Litschfäden trägt, verboten. Das gleiche Flugblatt ist für ganz Preußen zugelassen worden. Der Polizeipräsident von Braunschweig aber ist der Meinung, daß durch die öffentliche Anpreisung der nationalsozialistischen Mordtaten die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist. Es handelt sich hier um eine bewachte Unterdrückung sozialdemokratischer Agitation!

Neue Steuerfäße in Berlin.

Lohnsummensteuer erhöht — Gewerbesteuer ermäßigt.

Der Oberbürgermeister läßt der Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage zur Kenntnisnahme seine Beschlüsse über die Aenderung des Steuerumlagebeschlusses für 1931 zugehen. Er verweist darauf, daß die 4. Rotorordnung die Gemeinden ermächtigt habe, die Realsteuerfäße für das letzte Viertel des Rechnungsjahres 1931 bis auf den Landesdurchschnitt der Gemeinderoyalsteuerfäße zu erhöhen.

Der Oberbürgermeister hat daher die Lohnsummensteuer, die vom Arbeitgeber aufgebracht wird, für das Vierteljahr Januar bis März 1932 auf den Landesdurchschnittslatz von 1500 Proz. des Steuergrundbetrages erhöht. Diese Maßnahme war zum Zwecke des Haushaltsausgleichs mit Rücksicht auf die schlechte Finanz- und Kassenlage der Stadt und das ununterbrochen sprunghafte Ansteigen der Erwerbslosenlätze unvermeidbar.

Um die im Genehmigungsverfahren erstandenen rechtlichen

Kafzenellenbogens schwarzer Tag.

Der Schu'theiß-Patzenhofer-Konzern und Herr v. Stauf.

Mit der Vernehmung des Direktors der Deutschen Bank, des Herrn von Stauf, hat der Schultheiß-Patzenhofer-Prozess seinen Höhepunkt erreicht; die Sitzung war voll dramatischer Spannungen. Man merkte es dem stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Aufsichtsrats an, daß er sich von Ludwig Kafzenellenbogen hintergangen fühlte und noch heute nur mit einer gewissen inneren Erregung von den Vorgängen sprechen kann, die zu den skandalösen Enthüllungen im Herbst vorigen Jahres führten.

Sehr ungünstig sind für Kafzenellenbogen auch die Aussagen des Zeugen in zwei weiteren Punkten: Finanzabteilung der Nordhese und des angeblichen Bankguthabens der Ostwerke bei der Nutria. Erst Ende Oktober ist Herr von Stauf bekannt geworden, daß die Finanzabteilung bei der Nordhese, über deren Existenz er nur ganz gelegentlich etwas gehört hatte, Engagements in so großem Umfang eingegangen sei. Besonders bestürzt war er von der ungeheuerlichen Tatsache, daß diese Engagements in der Bilanz der Nordhese überhaupt nicht verbucht waren. Nicht geringer war seine Bestürzung, als es sich in einer Aufsichtsratsitzung herausstellte, daß außer dem Deutschen-Bank-Kredit in Höhe von 10 Millionen Mark auch noch andere Banken große Forderungen an die Nordhese hatten, die gleichfalls durch diese Verbuchungsart nicht zum Vorschein gekommen waren. Das ganze Benehmen der Deutschen Bank den Ostwerken gegenüber wäre ein ganz anderes gewesen, wenn man von diesen anderen Verpflichtungen etwas gewußt hätte.

Ueber das wahre Wesen der Nutria hat der Zeuge erst einige Tage vor der Aufsichtsratsitzung, in der die Stühung-

läufe zur Sprache gekommen sind, durch den Redakteur einer volkswirtschaftlichen Zeitung erfahren. Bis zu diesem Zeitpunkt habe er sich unter „Nutria“ stets nur ein Pelzwerk vorgestellt. Was die Effekten-Konjunktur G. m. b. H. betrifft, so hätte das Geschäft, das die Deutsche Bank damals mit Kafzenellenbogen gemacht hat, für sie ganz anders ausgesehen, wenn man von Anfang an gewußt hätte, daß das Effektenkonjunktur 6 Millionen Aktien zu 200 Prozent gekauft hatte, während der Kurs bereits wesentlich niedriger war. Auf die Frage des Vorsitzenden sagt der Zeuge, ich kann mir heute nicht vorstellen, daß solche Obligos und Engagements von 40 Millionen Mark und mehr, die in ein bis zwei Jahren fällig wurden, mich nicht beeinflusst hätten. Ich wäre unter keinen Umständen an solchen Verpflichtungen vorbeigegangen. Man hätte doch bei der Dividendenverteilung und bei der Aufmachung des Prospekts ganz anders disponieren und sich nach den Normen richten müssen, die durch Gesetz, Verantwortung und Tradition bestanden.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Diz sagt von Stauf: Ich wäre nicht einen Tag in einer Verwaltung geblieben, die solche Geschäfte auf ihre Kasse genommen hätte. Es wäre undenkbar gewesen, diese ungeheuren Engagements weiter in der Schwebe zu lassen, ohne sie in der Bilanz zu erwähnen. Man hätte der Gesellschaft helfen können, genau wie jetzt durch die Bildung eines Kreditkonjunktur, das dem Anprall der Einleger begegnen konnte. Man hätte jedenfalls die ganze Situation ein Jahr früher gehabt und zwar in einer Zeit, die nicht so unbehaglich war wie das vergangene Jahr.

Bedenken zu beseitigen, hat der Oberbürgermeister durch einen zweiten Beschluß den Erhebungssatz der Gewerbesteuer nach dem Ertrage von bisher 510 Proz. auf 507,5 Proz. des Steuergrundbetrages herabgesetzt, was für das letzte Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres einer Herabsetzung auf den Landesdurchschnittssatz von 500 Proz. gleichkommt.

D-Zug-Katastrophe bei Leningrad.

Sechs Tote, 13 Verletzte.

Moskau (Über Kowno), 19. Februar.

In der Nähe von Leningrad auf der Strecke Kolpin-Nowolki ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen einem D-Zug und einem Güterzug, bei dem sechs Personen getötet und 13 verletzt wurden. Die G.P.W. hat fünf Beamte verhaftet, die das Eisenbahnunglück verschuldet haben sollen.

Verbrechen und Strafe in Amerika. Im Rahmen eines Sonderabends der Deutschen Liga für Menschenrechte, der am Montag, dem 22. Februar, 8.30 Uhr, im Hofsaal des ehemaligen Herrenhauses, Reillystr. 8, stattfindet, wird Frau Emma Goldmann aus Amerika unter dem Vorsitz von Frau Adele Schreiber-Krieger über das Thema: „Verbrechen und Strafe in Amerika“ sprechen. Götze gegen Zahlung des Unkostenbeitrages willkommen.

15 Jahre Zuchthaus.

Das Urteil in dem Spandauer Raubmordprozess.

Das Schwurgericht III verurteilte den 25-jährigen Schneider Willi Möbert und den 22-jährigen Arbeiter Paul Licht, die die Missetat an Frau Silberweg in Spandau verübt hatten, wegen gemeinschaftlichen Totschlags in Lateinisch mit schwerem Raube zu je 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Die Verhandlung wurde, nachdem der Verteidigerkonflikt beigelegt war und Rechtsanwalt Reiwald wieder die Verteidigung übernommen hatte, gestern Mittag vor dem Schwurgericht III fortgesetzt. Der als weiterer Sachverständiger hinzugezogene Sanitätsrat Dr. Boppmann, der den Angeklagten Licht im Untersuchungsgefängnis beobachtet hatte, kam, nachdem Lichts Vater und weitere Angehörige als Zeugen vernommen worden waren, ebenso wie Medizinalrat Dr. Dyrenfurth zu dem Ergebnis, daß Licht für seine Tat verantwortlich sei und daß eine Beobachtung in einer Irrenanstalt nicht notwendig sei.

Auch am Gas wird gespart.

Der Abschluß der Gasag. — Zurückgang der Gasmenge.

Die Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges. legte in der Generalversammlung am 17. Februar den Geschäftsbericht für 1930 nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vor, der entsprechend den Anträgen von Vorstand und Aufsichtsrat gutgeheißen wurde.

War im Vorjahre noch eine geringe Steigerung des Abzuges möglich, so erfuhr im Berichtsjahr 1930 die verkaufte Gasmenge zum ersten Male seit Bestehen der Gesellschaft eine Senkung, und zwar von rund 466 Millionen auf 439 Millionen cbm, also um rund 26 Millionen cbm. Der rückläufigen Bewegung im Berichtsjahre wurde durch besondere Werbemaßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete des Haushaltsgasabzuges nach Kräften entgegen gewirkt. Bezeichnend für die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage ist die Tatsache, daß der Durchschnittsverbrauch je Gasmesser von 417 auf 382 cbm zurückgegangen ist. Die Zahl der Gasmesser ist gegenüber dem Ende des Vorjahres um rund 24 000 größer geworden.

Für Werterhaltung hat die Gesellschaft, die ja keine Eigentumsgeellschaft ist, sondern lediglich die im Eigentum der Stadt gebildeten Gaswerksanlagen pachweise betreibt, den Betrag von 10,8 Millionen aufgewendet und über die vertragliche Verpflichtung hinaus noch weitere rund 3 Millionen investiert, um die das Vermögen der Stadt vergrößert worden ist.

Die Stadt als Eigentümerin der gesamten Aktien des Unternehmens hat erhalten: rund 7 Millionen an Pachtabgabe, rund 6,5 Millionen auf Grund des Finanzzufusses und 3 Millionen als Gewinnergebnis.

Feste Tapetenpreise.

Der Polizeipräsident teilt mit: Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat eine Verordnung über den Handel mit Tapeten vom 1. Februar 1932 erlassen, durch die der höchstzulässige Bruttohandelsaufschlag auf die Fabrikationspreise festgelegt worden ist. Der Aufschlag beträgt 40 v. H. bei einem Einkaufspreis bis zu 15 Pf. je Rolle und steigert sich stufenweise bis auf 150 v. H. für einen Einkaufspreis über 50 Pf. je Rolle. Jeder Tapetenhändler hat die jeweils in seinem Geschäft geltenden Verbraucherpreise dadurch ersichtlich zu machen, daß er in alle von ihm herausgegebenen Musterbücher entweder Preislisten einleibt oder die einzelnen Blätter mit Verbraucherpreisen auszeichnet.

Wieder Räuber im Buttergeschäft.

In der Filiale der Butterfirma SchW in der Ritterstraße 121 erliefen gestern gegen 17 Uhr ein jüngerer Mann und zwang die allein anwesende Verkäuferin mit vorgehaltenen Pistolen zur Herausgabe der Tageseinnahme. Der Täter erbeutete 60 M. Mit seinem Raube lief er davon, schwang sich einige Häuser weiter auf ein Fahrrad und entkam.

Schwere Zuchthausstrafe für Spionin.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts unter Vorsitz von Senatspräsident Ber verurteilte die Ehefrau Eugenie des Fabrikbesizers Gony aus Reuders in der Litschfädenstraße wegen Verbrechen gegen § 7 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Es wurde auch auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Die beschlagnahmten 7000 Litschfädenstrahlen und 100 Reichsmark wurden dem Staat für verfallen erklärt.

Die Preise steigen wieder.

Statt Preisabbau neue Teuerungswelle in Berlin.

Der verhängnisvolle Beschluß der Berliner Milchnotierungs-Kommission, den Milchpreis um 4 Pf. in Groß-Berlin zu erhöhen, wird sich aller Voraussicht nach bereits am heutigen Sonntagabend auf den Kleinhandelspreis für Vollmilch auswirken. Am Freitagabend fanden noch Verhandlungen zwischen dem Oberpräsidenten und den Interessenten des Milchhandels statt, ob sich die sprunghafte Erhöhung der Milchpreise vermeiden ließe. Eine Umfrage bei den Milch-Kleinhändlern ergab aber, daß der bisherige Milchpreis von 24 Pf. pro Liter nur bis Freitag Geltung hatte. Wie üblich, wird also die Preissteigerung auch in diesem Fall voll und ganz auf die Verbraucher abgewälzt.

In den großen Wohnbezirken wurde gestern erregt über diese plötzlich beschlossene Milchpreiserhöhung diskutiert. Soweit sich ein vorläufiger Heberblick gewinnen ließ, wird überall ein beträchtlicher Rückgang des Milchkonsums zu verzeichnen sein. Da sich eben Milch nun einmal nicht durch Wasser ersetzen läßt, ist die sprunghafte Erhöhung des Milchpreises ein direkter Angriff auf die Volksgesundheit.

Am Gegenlag zu der Berliner Milchnotierungs-Kommission sind die Groß-Berliner Kartoffelgroßhändler ungleich geruschelter am Werk. Sie haben es verstanden, ohne daß in der Öffentlichkeit Alarm geschlagen wurde, ihrerseits den Kartoffelpreis zu steigern. Der Preis für die in Berlin marktüblichen Industrie-Kartoffeln ist von 40 auf 45 Pf. pro zehn Pfund gestiegen, das heißt also um über 12 Prozent! Ja, es gibt heute in Berlin Kartoffeln, sogenannte Nieren, die als Salatkartoffeln bezeichnet werden, für die nicht weniger als 60 Pf. für je zehn Pfund verlangt werden! Dabei ist vorläufig noch kein Ende der die Verbraucher empfindlich treffenden Kartoffelpreisaufschläge abzusehen; im Gegenteil, die Erzeuger wünschen nichts sehnlicher als starkes Frostwetter, da jeder Grad Kälte ihren Gewinn am Zentner Kartoffeln um einen Groschen steigen läßt.

Für die zurückhaltende Vorsehung Berlins durch die landwirtschaftlichen Erzeuger sind bezeichnend die ständig zurückgehenden Anlieferungen auf dem Berliner Nordbahnhof. Hier waren Waggons mit Kartoffeln vorhanden:

Datum	Stückzahl	Stückzahl	Stückzahl
9.—15. Januar	339	831	442
16.—22. Januar	366	686	300
23.—29. Januar	283	540	257
30. Januar—6. Februar	299	685	314
7.—12. Februar	218	691	73

Man sieht: seit Anfang des Jahres ein sich ständig verringeres Angebot am Berliner Kartoffelmarkt. Darüber hinaus handelt es sich bei den Kartoffeln nach um etwas anderes: Der Großhandelspreis pro Zentner ist in Berlin auf der ganzen Linie um 30 Pf. gestiegen, ganz gleich, ob es sich um Rote, Weiße oder Gelbschlags handelt. Im Kleinhandel ist aber der Preis pro Zentner um 50 Pf. gestiegen, es zeigt sich also wieder einmal, daß alle Preissteigerungen des Großhandels beim Kleinhandel dann noch einmal eine ungerechtfertigte Vergrößerung erfahren. Im

übrigen kann nicht laut genug betont werden, daß die Preissteigerungen für Milch und Kartoffeln, also für lebenswichtige Nahrungsmittel, für die notleidenden Verbraucher wie Stockschläge auf den Wagen wirken müssen.

Denn zu der Milch und den Kartoffeln kommt der Butterkandal. Bis zum 23. Januar war am Berliner Buttermarkt Ruhe. 97 M. kostete der Zentner Butter 1. Qualität, 90 M. der für die 2. Qualität, und für die sogenannte abfallende Ware mußten 80 M. im Großhandel angelegt werden. Dann kam an jenem 23. Januar die Erhöhung des Butterzollens. Und vier knappe Wochen haben genügt, um den Butterpreis um rund 33 Proz. in die Höhe zu treiben! Denn aus dem Zentnerpreis 1. Qualität von 97 M. sind inzwischen 132 M. geworden, die 2. Qualität stieg von 90 auf 125 M. und die abfallende Ware von 80 auf 115 M. Tag um Tag galt niemals mehr der Butterpreis vom vorigen Tag. An dem ersten Sonnabend nach der Zollerhöhung kostete im Kleinhandel ein Pfund Butter noch 1,50 M., am darauffolgenden Montag aber kostete die Butter bereits 1,48 M. Inzwischen sind die Preise weiter gestiegen und haben vorläufig bei einem Stump von 1,60 M. pro Pfund halt gemacht.

Zu guter Letzt weisen auch die Mehlpreise eine steigende Tendenz auf. Der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl ist von 29 auf 32 M. gestiegen. Daraufhin haben sich die Organisationen des Berliner Bäckergewerbes an das Reichsernährungsministerium gewandt und durch's den lassen, daß die jetzigen Mehlpreiserhöhungen eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben müssen. Wenn dann noch der Brotpreis erhöht wird, ist schließlich von der Preissteigerung der Regierung so gut wie nichts übriggeblieben. Was Gas und Holzgeld billiger geworden sind, haben die Erhöhungen für Milch, Butter, Kartoffeln und Mehl wieder wettgemacht.

Sozialistische Hochschulgemeinschaft. Sozialistische Studentenschaft.

Sonnabend, den 27. Februar, 10.30 Uhr, findet im Saal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestr. 15 eine Kundgebung mit dem Thema „Der Sozialismus als geistige Entscheidung“ statt. Es sprechen die Genossen Prof. Rindfleisch-Meldeberg, Prof. Vaster-Olesen und Prof. Holmann-Hamburg. Die Veranstaltung wird von Gesangsverbänden „Jungen Chöre“ um acht Eintrittskarten zum Preise von 40 Pf. sind an folgenden Verkaufsstellen zu haben: im Büro des Bezirksbildungsvereins, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 5; Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstr. 21; Zigarrengeschäft Horch, Ecke unter 24/25, G. Werkzeughaus; Zentralverband der Angestellten, Hedemannstr. 12; Verlag des Bildungsverbandes d. Deutschen Buchdrucker, Dreißendstr. 7; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links; 3. Tr.; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Rungelstraße 30; Verlags-Gesellschaft des ADGB, Abteilung Sozialismus, Insestraße 61; Bank der Arbeiter, Antiquarinnen und Beamten, Wallstr. 61; Frauenbüro der SPD, Lindenstraße 3, 2. Hof links; 2. Tr.; Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Lindenstr. 3, 2. Hof links; 2. Tr.; Geschäftsstelle des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Johannistr. 14. — Karten für Studierende sind bei der Sozialistischen Studentenschaft, Albrechtstraße 11, zu haben. (Erhalten 19 Karten für Erwerblos sind an der Abendkasse erhältlich.)

Unsere Heidekrautbahn.

Mit Modernisierung und Elektrifizierung wird es nichts!

Die Heidekrautbahn ist das Schmerzenskind des Kreises Niederbarnim. Vor kurzem wurde in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, daß der seit langem gehegte Plan, die Bahn über Liebenwalde nach Zehdenick zu verlängern, im Frühjahr dieses Jahres verwirklicht werden solle. Diese Nachricht hat bei vielen große Freude erweckt, sie hat leider nur einen Nachteil: Sie stimmt nicht. Bei der augenblicklichen Finanzlage der Bahn, der Stadt Berlin und des Kreises Niederbarnim kann, wie wir von zuständigen Stellen erfahren, dieses Projekt noch nicht verwirklicht werden.

Die Heidekrautbahn gehört zu 51 Proz der Stadt Berlin, die restlichen Anteile entfallen auf den Kreis Niederbarnim und auf die an der Linie liegenden Gemeinden. Selbstverständlich hat sich die Wirtschaftskrise auch hier bemerkbar gemacht, so daß die hochliegenden Pläne, die von einer Elektrifizierung der Strecke und ihrer Verlängerung zu berichten wußten, bis auf weiteres in den Hintergrund treten müssen. Bei dieser Gelegenheit sei auch daran erinnert, daß seit einem halben Menschenalter geplant ist, die Heidekrautbahn an das Netz der Berliner Untergrund anzuschließen. Dieses Projekt war schon einmal, im Jahre 1918, der Verwirklichung sehr nahe. Die Heidekrautbahn sollte damals an die ehemalige K.O.-Schnellbahn angeschlossen werden, so daß ein bequemes Erreichen der Anfangsstation in Reinickendorf

gesichert wurde. Leider zerklüft sich diese Hoffnungen. Die Gesellschaft hatte bereits den für die Bauten notwendigen Boden erworben. Die augenblickliche Finanzlage der an der Bahn interessierten Kreise läßt natürlich den Gedanken an diesen Anschluß weit in den Hintergrund treten.

Die Heidekrautbahn wurde am 12. Februar 1900 von der damaligen preussischen Staatsregierung genehmigt. Ursprünglich waren zwei Strecken vorgeschlagen worden, durch die der Kreis Niederbarnim aufgeschlossen werden sollte. Die eine sollte nach Groß-Schönebeck führen, die andere von Oranienburg über Liebenwalde nach Eberswalde. Da der Staat jede finanzielle Hilfe ablehnte, kam die jetzt im Betrieb befindliche Strecke zur Ausführung. Die Bahn teilt sich bekanntlich in Sasdorf in zwei Arme, die in Liebenwalde bzw. Groß-Schönebeck enden. Die Modernisierung der Bahn, die in ihrer heutigen Form dem westfälischen Berliner ein hinterpommersches Kleinbahnnetz ist, vermittelt die Verbesserung ihrer Anschlußmöglichkeiten an den Berliner Verkehr und ihre Verlängerung nach Zehdenick wäre natürlich außerordentlich zu begrüßen. Die Wirtschaftlichkeit der Bahn würde sich wahrscheinlich heben. Insbesondere dürfte der Wochenendverkehr gefördert werden, der auch im Interesse der an der Bahn beteiligten Gemeinden liegt.

Dreizehnjährige wird verkuppelt.

Lante Käte muß brummen und ein Zuhälter dazu.

Für den Sittenschilderer bieten die Moabit Gerichtsfile eine unausschöpfliche Quelle. Hier zwei außerordentlich bezeichnende Gerichtsverhandlungen.

Eine dreizehnjährige Schülerin bewundert vor einem Kino die Bilder. Eine etwa 24jährige, kleine Person, die sich in Begleitung der effizienten Schwester befindet, verwickelt die Dreizehnjährige in ein Gespräch und ladet sie zur Kinovorstellung ein. Die Kleine befragt sich bei der neuen Freundin über ihre häuslichen Verhältnisse und die Freundin verspricht der Weinenden eine Anstellung bei ihrem Onkel, einem Filmwäschereibesitzer. Das Mädchen verläßt am nächsten Tage die elterliche Wohnung, bekommt von der neuen Freundin ein seidenes Kleidchen, Lackschuhe und seine Wäsche, erhält die Adresse einer „Dame“, bei der sie mit einem älteren Herrn in einem Zimmer allein bleiben muß. Es paßiert ihr zwar nichts besonders Schlimmes. Von den 30 M., die der Herr der Kupplerin bezahlt, darf sie 5 M. behalten, 3 M. davon — es waren 4 Proz. vereinbart — führte sie an die Freundin ab. Auch zwei weitere Damen suchte die Kleine auf und man versprach ihr, die Freundin telefonisch zu benachrichtigen, falls „Beharf“ vorhanden sein sollte. Drei Tage später wird die Dreizehnjährige von der Polizei aufgegriffen. Sie kommt in Fürsorge, „Lante Käte“ — unter diesem Namen war die Freundin bei den Damen bekannt — stand diesen nötigenfalls auch selbst zur Verfügung, sie führte den Kupplerinnen auch sonst minderjährige Mädchen für deren Häuser zu; sie bekam von dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Eine Siebzehnjährige läuft den Eltern davon, verbringt den ersten Abend mit ihrem Freund in einem Lokal, trinkt viel mehr als sie vertragen kann und wird von einem „Herrn“ mit nach Hause genommen. Am nächsten Abend schläft er sie mit entsprechenden Anweisungen auf die Friedrichstraße, beobachtet sie von der anderen Seite, ob sie seine Anweisungen auch befolgt, und nimmt ihr dann prompt das ganze „verdiente“ Geld ab. So geht es eine Woche lang, bis sie aufgegriffen wird. Sie mußte mit einer Geschlechtskrankheit sofort ins Krankenhaus. Vor Gericht machte das Mädchen einen bescheidenen Eindruck. Was mußte sie von derartigen Gefahren der Großstadt? Konnte sie denn ahnen, daß der Mann, der sie an dem Abend mitgenommen hatte, bereits wegen Zuhälterei verurteilt war? Er bekam sechs Monate Gefängnis.

Ein Jahr Gefängnis für Waffenbesitz.

Das Schnellgericht beim Amtsgericht Mitte hatte heute zum ersten Male eine Strafe wegen Nichtanmeldung einer Waffe zu verhängen. So handelte es sich um den wegen eines ähnlichen Deliktes bereits verurteilten 22jährigen Nationalsozialisten Bernhard Brinkmann, der erst im vorigen Jahr wegen Tragens eines Revolvers eine Gefängnisstrafe erhalten hatte. Bei einer Razzia wurde bei Brinkmann wieder eine Waffe gefunden, und da ihm nachgewiesen werden konnte, daß er sie bereits seit Dezember besaß, war Anzeige wegen unerlaubten Waffenbesitzes und wegen Nichtanmeldung des Revolvers erhoben worden. Das Urteil gegen ihn lautete auf insgesamt ein Jahr Gefängnis, wovon drei Monate allein auf die Nichtanmeldung der Waffe entfielen.

Ernas Reinfall.

Erna St. wurde schwach, wenn sie ein Auto sah; denn sie hatte nun einmal die noble Passion, das Leben und Treiben in der Reichshauptstadt aus dem Kraftwagen heraus zu beobachten. Und obwohl ihre Kassenlage im umgekehrten Verhältnis zu der Größe ihrer Leidenschaft stand, sah sie in dieser Tatsache durchaus keinen Grund, auf die schönen Autofahrten zu verzichten, was für sie unangenehme Folgen haben sollte. Erst vor wenigen Wochen erndete sie eine Auffahrt im Polizeipräsidium, weil Erna nicht bezahlte, der Chauffeur aber leider auf den Fahrpreis nicht verzichten konnte. Durch eine Geldstrafe von 10 M. wurde aber die passionierte Autofahrerin keineswegs befehrt. Am vergangenen Dienstag nahm sie wieder eine Autotour, schrieb dem Führer ein Kreuz und quer durch Berlin lautend den Weg vor, hatte aber das ganz ungewöhnliche Pech, unter den Tausenden von Berliner Taxichauffeuren an den zu geraten, der schon einmal auf sie hereingefallen war. Er er-

kannte in ihr die Betrügerin wieder, die er erst kürzlich auf dem Hof des Polizeipräsidiums ausgelassen hatte, und trotz allen Protestes und reichlicher Tränenergüsse mußte Erna St. dort wieder die Fahrt beendigen, wo sie nun eine fünfjährige Auto-Entwöhnungstour durchmachen wird, die ihr das Schnellgericht verordnete.

Gegen das Abrundungssystem.

Ämtlich wird mitgeteilt:

In allen Geschäften und in allen Restaurants ist die Pfennigrechnung wieder zu Ehren gekommen. Leider findet sie aber noch nicht überall die erforderliche Beachtung, insbesondere wird in Restaurants und Kaffeehäusern dem Gast die Rechnung noch mit Vorliebe nach dem Dezimalsystem aufgemacht. Eine Besprechung mit den Spitzenverbänden der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten und dem Reichskommissar für Preisüberwachung hatte das Ergebnis, die Verbandsmitglieder zu veranlassen, von dem Abrundungssystem abzusehen und auch einzelne Pfennige wieder herauszugeben. Wesshalb sind an dem Verhalten der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten weniger die Angeklagten selbst, als vielmehr das Publikum schuld, das aus einer gewissen Bequemlichkeit heraus die Annahme von Pfennigbeträgen ablehnt. Es arbeitet damit durchaus den Bestrebungen der Beseitigung des Trinkgeldumwelts entgegen.

Greises Ehepaar durch Gas vergiftet.

In ihrer Wohnung in der Görlitzer Str. 68 wurden gestern gegen 23 Uhr der 79 Jahre alte Rentner Theodor Dreßler und seine 73jährige Frau Luise durch Gas vergiftet bewußlos aufgefunden. Der Mann war bereits tot. Bei der Frau waren die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehrmänner nach langwierigen Bemühungen von Erfolg. In bedenklichem Zustande wurde Frau D. ins Krankenhaus gebracht. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelt es sich um einen Unglücksfall. Der Hahn der Gaslampe war nicht ganz geschlossen, so daß größere Gas mengen ausströmten, die bald den ganzen Raum erfüllten. Die Leiche des Mannes wurde beflagnathet.

Nazi möchten „amtlich“ sein.

Im Osten Berlins erscheint als nationalsozialistische Zeitung die „Tageszeitung für Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf“, die ein Kopfbild der berechtigten nationalsozialistischen „Nationalpost“ ist. Diese Zeitung führte in ihrer Nr. 23 vom 28. Januar plötzlich im Kopf den Zusatz „kleiniges amtliches Bekanntmachungsblatt des Amtsgerichts, des Polizeiamts und des Bezirksamts“. Eine sofortige Rückfrage bei diesen Behörden ergab, daß keine der genannten Stellen etwas davon wußte und daß diese Zelle völlig unberechtigt in den Kopf der Tageszeitung hineingekommen war. Diese Behörden werden selbstverständlich gegen den groben Ungehörigen, den sich die Tageszeitung geleistet hat, einschreiten. Derselben Nazis also, die über die „rote Justiz“ und die „rote Polizei Preußens“ und über das „rote Berlin“ nicht genug Schimpfen können, haben im Grunde ihres Herzens keine andere Sehnsucht, als offizielles Bekanntmachungsblatt dieser von ihnen bekämpften Behörden zu sein.

Die Gutachten im Frenzel-Prozess.

Genosse Dr. med. Paul Plaut, Berlin W. 15, Konstanzer Straße 4, schreibt uns: „Vor einigen Tagen brachten Sie unter der Ueberschrift „Frenzel-Revision verworfen“ die Mitteilung, daß in dem Prozess nur der Sachverständige Dr. Plaut die Zeugin Gertrud Frenzel als einwandfrei hingestellt habe. Später seien aber Gerüchte darüber durchgedrungen, daß Dr. Plaut seine Meinung nachträglich geändert haben soll. Dr. Plaut hat zu dieser Behauptung öffentlich keine Stellung genommen.“ Zu dieser Mitteilung gestatte ich mir folgendes zu bemerken: Der Wortlaut der Gutachten sämtlicher Sachverständiger wird in Kürze in der „Zeitschrift für Kinderforschung“ erscheinen. Was die Gerüchte über meine Verleumdung betrifft, so möchte ich folgendes bemerken: Eine Patientin von mir, die ich wegen eines Honorarstreites verklagte, hatte gegen mich Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, ich hätte im ersten

Frenzel-Prozess einen Sachverständigenmord geleistet, indem ich gegen meine Leiherzeugung die Zeugin Gertrud Frenzel als glaubwürdig hingestellt hätte. Die Staatsanwaltschaft in Potsdam hat die Anzeige des Fräulein K. zurückgewiesen mit dem Bemerkung, daß Fräulein K. offensichtlich verschwiegen hätte, daß sie mit mir in einem Honorarstreit liege. Fräulein K. erhob Beschwerde beim Generalstaatsanwalt, der die Anzeige ebenfalls zurückwies. Es ist nicht richtig, daß ich zu dieser öffentlichen Falschbescheinigung öffentlich keine Stellung genommen habe. Diese Behauptung ist lediglich vom „Berliner Tageblatt“ verbreitet worden, dem ich sofort meine Stellungnahme mitgeteilt habe. Das „Tageblatt“ hat auch fernerzeit den Einstellungsbescheid des Generalstaatsanwalts wiedergegeben.

Wir bemerken dazu, daß wir den Bericht „Frenzel-Revision verworfen“ einer Zeitungskorrespondenz entnommen haben.

Kostgeldsätze für Lehrlinge.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin hat beschlossen, die Kostgeldsätze für Lehrlinge auf den Stand des Jahres 1927 herabzusetzen. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung der Vollversammlung der Handwerkskammer und des Oberpräsidiums als Aufsichtsbehörde.

Dennoch gehen schon gegenwärtig Handwerksmeister dazu über, den Lehrlingen die geringeren Kostgeldsätze zu zahlen. In allen Fällen wo im Lehrvertrag vermerkt ist, daß die Kostgeldsätze nach den Richtlinien der Handwerkskammer gezahlt werden, besteht der Anspruch auf Zahlung nachfolgender Beträge: Im ersten Lehrjahr 5 Mark, im zweiten Lehrjahr 7 Mark, im dritten Lehrjahr 9 Mark und im vierten Lehrjahr 12 Mark. In Streitfällen empfiehlt es sich, die zuständige gewerkschaftliche Organisation aufzusuchen. Die Kostgeldsätze sind, wenn der entsprechende Passus im Lehrvertrag enthalten ist, eintragbar.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einblendungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. u. 3. Treppen rechts, zu richten.
- 2. Kreis, die für Mittwoch, 24. Februar, angesetzte Kreisversammlung fällt aus und findet an einem anderen Tage statt. Nähere Mitteilung erfolgt nach.
 - 7. und 8. Kreis, die Juristische Sprechstunde findet am Sonnabend, dem 20. Februar, von 17 bis 18 Uhr, im Jugendheim Köpenick, 4. Post, gelegentlich zum Reichensdorfstr. 11.
 - 13. Kreis, Sonntag, 20. Februar, Filmmatinee: „Der Kampf um die Erde“ im Kino Tempelhof, Berlinstr. 197, Sonntag 10 Uhr. Beginn pünktlich.
 - 17. Kreis, Mittwoch, 24. Februar, 19 Uhr, Funktionärssitzung in der Schulstraße 10, nicht wie zuerst versprochen war, bei Tempel.
 - 25. Kreis, Sonntag, 21. Februar, 12 Uhr, angesehene Verhandlung in der Wohnung des Abteilungsleiters.

Bezirksauswahl für Arbeiterwohlfahrt.

3. Kreis, am Montag, dem 22. Februar, 1924, 10 Uhr, Versammlung aller Parteigenossen (innen). Die Mitglieder einer Wahlkommission sind, in der Emdenstraße, Poststr. 2-4, unter Aufsicht der Genossen zu versammeln. Einlaß nur mit Parteimitgliedsbuch.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Am Sonntag, dem 24. Februar, findet im Obdankensaal in Hasenfuß, Tempelhofer Straße, ein Wochenendkursus statt. Beginn 9 Uhr. Näheres durch die Kreisleiter.
- „Kampf um Aisch“, Dienstag, 25. Februar, 1924, 10 Uhr, Mittwoch, 26. Februar, 19 Uhr, im Berliner Theater. Karten sind für 65 Pf. (einschließlich Garbade und Theatersteuer) an der Abendkasse oder bei Genossen Schärer, Danziger Str. 29, zu haben.
- Wedding, Sonntag im Jugendheim Schönebergstr. 1. Einblendung unter Mitwirkung der Volkstanzgruppen, Puppentheatergruppen mitbringen.
- Veranstaltung: Frau Dautz spielt der „Kote Kaiser“ in der Danziger Str. 29. Beginn 10 1/2 Uhr. Einblendung: Kinder und Erwachsenen 10 Pf., Erwachsenen 20 Pf., Kinder Erwachsenen frei.
- Arbeitsabend, Kreisabteilung, Dienstag, 26. Februar, 20 Uhr, Nordstr. 11. — Für die Abteilung: Genossen, Oberster Straße und Schönebergstr. sind die Mitteilungen am Montag bei Rüdiger Weidmann, Galtzer Str. 129, abzugeben. — Abt. Schöneberg fährt der Jungfrauen und roten Frauen nach Potsdam. Treffpunkt Sonnabend 10 Uhr am 18. — Abt. Reichshaus: Sonntag, 24. Februar, 19 Uhr, nicht nach Dahlen-Post, Dager und 20 Pf. mitbringen. Treffpunkt 1/2 Uhr im Reichshaus (Kottbuser Tor). — Abt. Bergmannstraße: Sonntag, 24. Februar, 19 Uhr, nicht nach Dahlen-Post, Dager und 20 Pf. mitbringen. Treffpunkt 1/2 Uhr im Reichshaus (Kottbuser Tor). — Abt. Schöneberg: Sonntag, 24. Februar, gehen wie zur Sternwarte. Treffpunkt der einzelnen Abteilungen: Nord- und Süd-Unterschöneberg um 14 Uhr, West- und Ost-Unterschöneberg um 14 Uhr, Ost-Unterschöneberg um 14 Uhr, Ost-Unterschöneberg um 14 Uhr, Ost-Unterschöneberg um 14 Uhr.
- 28. Kreis, Reichshaus, Montag, 25. Februar, 1924, 10 Uhr, Westliche in der neuen Schule Wittenau. Kreisleiter-Ausschuss trifft sich dabei um 10 1/2 Uhr. Dienstag, 26. Februar, 1924, ebenfalls Zusammenkunft des Arbeitsausschusses der Kinderfreunde und G.M. Was zu diesem Tag müssen die Anwärter der Oberen aus der Schule entlassenen roten Frauen in den Händen des Kreisleiters sein.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

35. Abt. Unsere Genossin Helene Lange ist verstorben. Ihre ihrem Kranken. Einblendung Sonnabend, 18 Uhr, im Reconvalescenz-Gesellschafts. Zahlreiche Beileidigungen sind erwartet.

36. Abt. Am Dienstag, dem 26. Februar, ist unser aller Kamerad Hermann Elias, Blumenstraße, 24, im 74. Lebensjahr verstorben. Da seine Parteigenossen und die zum Tode Funktionäre der Abteilung, hat Hans H. Bremer Genosse Hermann, wie werden seiner Iets in Ehren gedenken. Einblendung Dienstag, 26. Februar, 17 Uhr, Reichshaus. Reges Beteiligung erwartet der Abteilungsleiter.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. u. 3. Treppen rechts zu richten.

„Kampf um Aisch“, durchgeführt von den westlichen Schulen im Berliner Theater, Schöneberg, 24. im 74. Lebensjahr verstorben. Da seine Parteigenossen und die zum Tode Funktionäre der Abteilung, hat Hans H. Bremer Genosse Hermann, wie werden seiner Iets in Ehren gedenken. Einblendung Dienstag, 26. Februar, 17 Uhr, Reichshaus. Reges Beteiligung erwartet der Abteilungsleiter.

Heute, Sonnabend, 20. Februar:

- Volksbühne Westend: Oberstr. 12, Arbeitsgemeinschaft. — Reichshaus: Tempelhof, 167, Kottbuser Tor. — Reichshaus: Funktionärssitzung beim Genossen Dautz. — Köpenick: Abt. 4, Funktionärssitzung, Vorbereitung für die Generalversammlung. — Reichshaus VIII: Rüdiger-Schule, 18 Uhr Funktionärssitzung bei Rüdiger.
- Westend: Wedding: Baden Gerichtstraße.
- Westend: Prenzlauer Berg: Danziger Str. 62 (Canada 3). Zusammenkunft aller Delegierten zur Generalversammlung.
- Westend: Tempelhof: Städtische Westendkassenabteilung.
- Westend: Reichshaus: Zusammenkunft des Westendkassenvorstandes mit den Delegierten zur Generalversammlung im Jugendheim Tempelhof, 29 (18 Uhr).

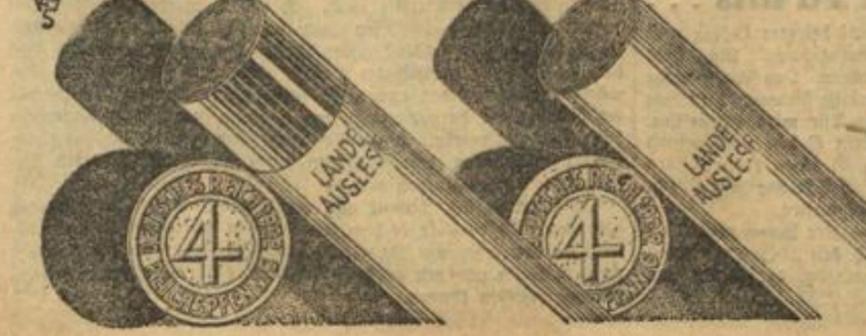
Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichshaus: Sonntag, 24. Februar, 10 Uhr, Doppelabend 18. Vortrag des Herrn A. Gumbel: Goethe als Präsidenten. Gäste willkommen.

Kleiner Preis — grosser Genuss!

Schon seit Monaten ist der Preis der Lands-Auslese von 5 Pfg. auf 4 Pfg. herabgesetzt. Dabei blieb aber ihr Tabak unverändert, ihr Aroma gleich hervorragend. Dies ist der Grund, dass viele Raucher sie weit teureren Marken vorziehen. In jeder Schachtel eine Seidenstickerei.

Etwas Besonderes für 5 Pf. • Lande Preis mit Gold • Lande Ohne (ohne Mundstück)



**Franziska
Schmeltzer-Ewald:**

Umstellen, umstellen...!

Es ist nicht erdichtet, was ich hier von dem Hausierer erzähle, der nachmittags an meiner Tür läutete, und dem ich nicht aufmachte. Schon vom Morgen an waren nur unangenehme Leute da gewesen, die Geld für Gas und Licht und Kohlen haben wollten, und ich besaß doch keinen Pfennig. Aber sie hatten das nicht glauben und begreifen können und drohten mir und kränkten mich. So stellte ich mich also „nicht zu Hause“ und war fest entschlossen, den Rest des Tages nun für mich zu retten, denn ich wollte in Ruhe schreiben.

Mit halbem Ohr hörte ich draußen Türen klappen und dann plötzlich einen jähen, dumpfen Krach. Im Nu lief ich hinaus und öffnete. Neben mir, auf der Bodentreppe, saß ein Mann und schluchzte laut. Auf meine Frage, was geschehen sei, gab er keine Antwort und nahm auch nicht die Hände vom Gesicht.

„Er hat seinen Kasten heruntergeworfen,“ sagte die alte Frau von gegenüber, die mittlerweile auch herausgekommen war, und zeigte auf die abwärts führende Treppe neben sich. Noch ehe ich hingehen konnte, um den Kasten hinaufzuheben — nun wollte ich doch da sein und helfen —, kam aus der Wohnung nebenan die junge Frau eines kleinen Beamten mit einer belegten Brotschmitten auf einem Teller auf den Türrand. Sie ging zu dem Mann und hielt ihm mit einem schüchternen „So nehmen Sie doch“ das Brot hin. Da sprang er plötzlich auf, schlug ihr den Teller aus der Hand und schrie: „Keiner kauft mir was ab! Keiner! Die Türen schlagen sie zu, die fetten Bürger.“ Er stampfte mit dem Fuß auf. „Ich bin kein Bettler!“ Und in großen Schritten sprang er die Treppe hinunter, wobei er die zerstreuten sauberen Tücher mit Pfefferkörnern, Zimt, Kümmel und dergleichen achlos zertrat.

Ich weiß, es war ein großer Fehler, daß ich ihm nicht nachließ, aber ich war überfordert und erschreckt und blieb einfach stehen. Die junge Frau suchte die Scherben des Tellers zusammen und befehlte die beschmutzte Brotschmitten nachdenklich in der Hand.

„Ein undankbarer Mensch!“ erklärte die alte Frau und machte ihre Tür zu. „Ja — ich weiß nicht,“ sagte die junge Frau, „er hat doch aber so geweint.“

Während ich die Tücher in den Kasten sammelte, beruhigte ich mein schlechtes Gewissen mit der Vorstellung, daß der Inhaber sich nun bei mir melden würde, weil ich sein Eigentum in Verwahrung hatte. Und dann würde ich mit ihm sprechen.

Der übernächste Tag brachte schon am Morgen eine beklemmende Anruhe über mich. Ich las in der Zeitung eine Notiz über den Tod eines Unbekannten. Man hatte ihn in der Frühe des vorigen Tages erfroren auf einer Bank im Park gefunden. Ich konnte nicht anders, als diesen namenlosen Toten mit dem Hausierer in Verbindung bringen. Wenn ich mir auch vorstellte, daß es außerdem doch noch so viele Menschen gab, denen es elend erging, und daß es eher einer von diesen diesen sein würde und nicht gerade jener Hausierer, so stärkte das die Hoffnung in mir, daß ich einer fügen Idee unterlag, und daß es jener Mann nicht sei, von dessen Armut ich nichts habe wissen wollen.

Um mir endgültig Gewißheit zu verschaffen, ging ich ins Polizeipräsidium. Dort erzählte ich meine Geschichte, und man ließ mich den Taten sehen. Ratlos, unsicher stand ich da. Dieser Mann hier lag in tiefer Ruhe. Jener Mann vor meiner Tür war zuerst den

Zugen ein zusammengeballtes Nichts, und dann ein äußerlich unauffälliger Mensch in jöcher Bewegung mit Stimme und Blick gewesen, in der kurzen Zeitspanne jedoch optisch kaum erfassbar. Dieser hier konnte ebenjot Hausierer sein wie nicht. Der Kopf hatte eine gute Form und verriet Intelligenz, die Hände waren schlank und ausdrucksvoll. Ich mußte sie lange ansehen. Das bemerkte der Beamte, der dabeistand, und sagte: „Er hat hornige Stellen an den Fingertuppen wie Leute, die Saiteninstrumente spielen.“

Vielleicht glaubte er nicht, daß ein Mann dieser Art hätte Hausierer sein können. Doch wie leicht war es möglich, daß dieser Tote ein begabter Mensch gewesen war, der auf seinen Beruf, seine Berufung Verzicht leisten und sich gleich so vielen, vielen anderen „umstellen“ mußte, immer weiter abgedrängt vom Quell seiner Leistungsmöglichkeiten. Und nun hatte er die letzte, endgültige Umstellung hinter sich, von der ihn keiner mehr verdrängen konnte.

Sehr bald ging ich wieder. Zwar mußte ich jetzt, daß man durch die Firma, die den Gewürztücher aufgedruckt war, vielleicht erfahren konnte, wer der Hausierer war. Im übrigen aber mußte ich ebenjotem wie vordem und fühlte mein Gewissen nicht im geringsten erleichtert.

Bedrückt und unentschlossen ging ich durch die betriebsamen Straßen der Altstadt. Niemand hielt mich im Vorübergehen am Arm fest. Ein alter Bekannter begrüßte mich, jetzt abgemagert und schlecht gekleidet. Ich hatte ihn lange nicht gesehen. Wir stellten uns die üblichen Fragen nach dem Wohlergehen, gaben uns die ebenso zeitgemäßen tristen Antworten und beschloßen, ein Stück zusammen zu gehen und von uns zu erzählen.

Was ich von ihm erfuhr, berührte mich in diesem Augenblick tief. Als ich ihn zuerst gesehen hatte, war er kaufmännischer Angestellter gewesen. Bald darauf wurde er stellungslos und wechselte notgedrungen von einem Beruf zum anderen. Das war ja zu dieser Zeit gar nichts Besonderes, auch nicht, daß er in keinem etwas leistete und nirgendwo bleiben konnte. Auch er hörte immer wieder und von jedem, daß man sich umstellen muß, und daß der, der sich nicht bereitwillig immer wieder dazu hergibt, so ungefähr ein Tagelöhner und Foulzeiger ist. Also tat er, was man von ihm verlangte und stellte sich um, immer wieder, und vermochte nirgendwo Wurzel zu fassen, weil die Muttererde ihm entzogen war und überall der gleiche farge Boden ihn zum Darben zwang. Zuletzt hatte er auf den Höfen zur Gitarre geungen. Ihn waren aber die Hände dabei erfroren, und heißer wurde er in der Kälte auch. Da rief ihm der Sohn seiner Wirtin, als Hausierer in die besseren Stadtgegenden zu gehen. Er hatte eben seine Gitarre verlegt, um sich Waren zu kaufen.

Hier schloß sich bei mir plötzlich der Kreis vager Vorstellungen. Es war, als fügten sich drei einzelne Bildstreifen zu einem Film zusammen, der in erschreckender Klarheit ein furchtbares Massenschicksal zeigte. Wie der Streifen auch läuft, rückwärts, vorwärts, ob er ganz oder nur stückweise zu sehen ist, immer und überall erhebt sich die furchtbare Anklage gegen die, die unentwegt die Entzerrungen weiter narren. Doch dahinter steht drohend ein Schatten, und das ist die Frage der Millionen:

„Wann werden sich die anderen umstellen — sie sind doch längst an der Reihe?“

Erich Grijar: Magie des Rundfunks

Der Rundfunk ist kein Wunder. Wie einfach ist die Umwandlung der Schallwellen in elektrische Wellen und deren Rückwandlung in Schallwellen zu erklären. Daß diese Wellen drahtlos durch den Äther kommen, nun wohl, wir haben andere Dinge erlebt, ohne erschüttert zu werden. Und doch war ich erschüttert, als ich zum erstenmal ein Paar Kopfhörer auf den Ohren hatte und Rundfunk hörte. Nicht, daß ich plötzlich die Stimme eines Menschen hörte, den ich nicht sah, nicht, daß ich verstand, was dieser Mensch sagte, war Grund dieser Erschütterung, aber daß ich den Menschen, der da einige Kilometer von mir in das Mikrophon hineinsprach, atmen hörte, das war mir zunächst unfassbar, denn es war mir ein Beweis dafür, daß ich diesem Unbekannten näher auf den Leib gerückt war, als je einem Menschen, der Auge in Auge mit mir gestanden.

Einige Jahre später wanderte ich an einem Sonntagmorgen durch eine ländliche Gegend. Es war sehr still. Kaum ein Hofhund bellte. Und das Vieh in seinen Ställen schien fast zu sein. Nur die Stimme eines Mädchens war zu hören. Es war eine schöne Stimme, der eine schöne Melodie zu Hilfe kam. Ich hätte das Lied, das sie sang, gern zu Ende gehört. Und andere Lieder dazu. Aber ich mußte weiter. Das Lied wurde schwächer, aber ehe es ganz verklang, schmolz die Melodie wieder an. Ich erlaunte und schob es auf den Wind, der es gut mit mir meinte. Inzwischen kam ich einem anderen Hofe näher, und nun klang das Lied, als käme es aus den Fenstern dieses Hofes. Zufall, dachte ich, und ging weiter. Aber das gleiche erlebte ich noch einige Male. Bald stärker, bald schwächer hörte ich immer die gleiche Stimme erklingen. Aus Wirtshäusern, an denen ich vorüberkam, grüßte sie heraus, aus Privathäusern kam sie schüchtern hervor und schließlich sah ich ein paar junge Leute, die abwärts des Berges sich niedergelassen und ein Rundfunkgerät in ihrer Mitte aufgebaut hatten. Auch von hier kam die gleiche Stimme zu mir, die mich nun schon einige Kilometer weit begleitete.

Damals ist mir die Magie einer Einrichtung, die den Atemzug eines Menschen über Länder und Meere trägt, die Tausende, ja Millionen örtlich voneinander getrennter Menschen durch ein gemeinsames Erlebnis zu vereinigen vermag, die ihre Herzen stochen macht und es im gleichen Augenblick schneller und höher schlagen machen kann, zum erstenmal tief bewußt geworden. Aber für jenen Menschentyp, der jede freie Stunde hinter seinem Gerät sitzt und seine Freunde bei jedem Pfeifen des Lautsprechers anschaut: Das war Silberfarn, das ist London, das ist Rom, das ist Honolulu, brachte ich mich immer kein Verständnis auf. Noch fühlte ich nicht wie sie die Unermehlichkeit des Raumes, der angefüllt ist mit dem Leben fremder Welten, die uns rufen. Ich hörte nur die Bruchstücke mehr oder weniger schöner Melodien, die zerhackten Reden und abgebrochenen Signale ferner Stationen. Rundfunk war mir noch eine Sache fürs Ohr. Aber nun weiß ich es anders.

Eines Tages ertappte ich meinen Apparat dabei, wie er zu einer Zeit, die im Programm als Funkstille bezeichnet war, die Musik eines fremden Senders aufnahm und dann zwar, aber drucklos wiedergab. Ich horchte erstaunt auf, denn das hatte ich meinem Apparat gar nicht zugehört, und erfuhr, daß ich Rom gehört hatte. Aber statt mich nun an dem schönen Programm, das von da kam, zu freuen und allenfalls ein wenig an der Rückkopplung zu drehen, um die Sendung stärker hereinzubekommen, tat ich, was ich anderen nie vergiehe. Ich probierte so lange an der Stala herum, bis ich eine neue Station bekam, und drehte, kaum, daß ich diese Station richtig empfangen, weiter, um nach neuen Stationen zu suchen. Ich hatte

Glück an diesem Abend. Wohl sechs oder sieben verschiedene Stationen meldeten sich, mit dünner Stimme.

Am nächsten Tage kaufte ich mir ein paar neue Röhren und am Abend darauf bekam ich Krach mit meiner Frau, die mich einen Idioten schalt, weil ich sie mit meiner Zummel angeblöht verrückt mache. Und die Nachbarn hätten auch schon gefragt, ob wir das wären, die immer so scharf rüftoppelten.

Daß du mir nichts sagst, brummte ich und begann wieder auswärtige Stationen zu suchen, denn ich hatte erfahren, was das höchste Glück des Rundfunkhörers ist. Nicht die Melodien, die da durch der Äther zu ihm klingen, nicht die Reden, die gebunden sind und die ungebundenen, die zensurierten und die unzensurierten, sind sein Glück, sondern das herrliche Gefühl, die Welle eines bestimmten Senders einzufangen und zu wissen: jetzt hast du Rom im Lautsprecher. Ein einziger Griff und Rom ist ausgeföhrt. Straßburg hörst du jetzt oder London, Bernmünster, Berlin. Du hörst nicht, was diese Stationen senden, es interessiert dich gar nicht, du willst nur mit ihnen spielen wie die Rache mit der Maus. Du läßt sie entgleiten, schon wird ihre Stimme schwächer, da ziehst du die Rückkopplung an und schon hältst du sie wieder gepackt, fester als zuvor. Du hast das Gefühl, daß dir plötzlich ein neues Organ zugewachsen ist und du kennst kein größeres Glück, als den Äther zu durchdringen und dir immer wieder zu bestätigen, daß du Herr bist über dieses dein neue Organ, daß es dir gehorcht und dir die Lebensäußerung fremder Welten, die du zwar nie sehen wirst, aber deren Klänge und Worte du hörst, ins Haus bringt, so oft du willst.

So geht es den Kindern mit ihren Beinen. Erst wissen sie nichts mit ihnen anzufangen. Da stecken sie sie in den Mund, um sie aufzucken. Eines Tages merken sie, daß man auf ihnen stehen kann. Nun stehen sie den ganzen Tag auf ihren Beinen, bis alle Tanten schreien: Um Gottes willen, das Kind kriegt ja trumme Beine. Ehe die Beine wieder grade oder ganz trumm sind, ist das Kind ein paar Schritte auf ihnen gegangen und das ist eine große Entdeckung, denn nun kopft es den ganzen Tag durch alle Stuben. Aber laufen wird schnell was Altes, und wenn ein Kind erst richtig laufen kann, wird es nur noch auf Ramos Arm. Später fährt es mit der Straßenbahn oder mit dem Auto.

Ich höre nur noch Berlin.

O. J. Kehrich: Er gehört nicht zu uns...

Es ist kurz nach den Freitagen. Ein stark besetzter D-Zug rollt mich von der Verwandtschaft zurück zur Berufsstätte. Man steht im Gange und tritt von einem Bein aufs andere. Das scharfe Auge des Schaffners sieht sogar über Kofferhindernisse hinweg. Der Zug hält auf einer kleinen Umsteigestation. Die Tür wird aufgerissen, und herein klettert ein biederer Mann. Sein Gesicht sieht gesund aus; anscheinend ist er vom Lande. Er zieht einen kleinen Korb Äpfel hinter sich her und stellt ihn in die eine Ecke vor dem Durchgang zum nächsten Wagen. Der Zug fährt weiter.

„Fahrkarten der Zugestiegenen, bitte!“ — Der Mann reicht dem Schaffner die Karte. „Ja, Sie dürfen doch den D-Zug gar nicht benutzen! Ihre Karte gilt für den Personenzug, der hinter uns kommt.“

Nun wäre die Sache gar nicht schlimm; der Mann würde vielleicht den Zuschlag zahlen müssen. Basta. Aber damit wäre ein Problem nur äußerlich gelöst. Schon der Korb Äpfel fürte, als der Biedere einstieg. Koffer — allenfalls... aber Äpfelkörbe gehören nicht in D-Züge. Nein, dreimal nein! Es handelt sich nicht etwa um ein eisenbahnähnliches Gefühl, das hier den langen Gang des D-Zug-Wagens entlang schleicht. Nein, die Stilwidrigkeit des Äpfelkorbes im D-Zuge störte eben so, daß die Kofferbesitzer sich mit abwehrenden Gesichtern bewaffneten. Bemerkungen fielen. (Sie wurden von dem gutmütigen, anscheinend nach innen gerichteten Lächeln des Mannes ausgelassen.)

Jedenfalls ließ man es dem Zugestiegenen fühlen, daß er sich völlig widerrechtlich in diesem äpfelkorbbeladenen Zuge aufhielt. Jeder machte sich bewußt oder unbewußt zum Gegner des neuen Fahrgastes, nur, weil er „nicht berechtigt war“, weil er gar nicht da sein durfte, weil er eigentlich auf dem Bahnsteig in R. stehen und auf den zuständigen Personenzug warten mußte. Er und sein Äpfelkorb. Er gehörte eben nicht zu uns.

Jrgendwie kam mir die Sache bekannt vor. Ich dachte nach, konnte mich aber doch nicht so recht an einen verwandten Vorgang erinnern. Vielleicht... daß einem im großen D-Zugleben ähnliche Dinge passieren? Das wird es sein. Nein, das ist es sogar. Wie oft kamen da stilwidrige Leute, die man gar nicht vertuschen kann, die die Stille des Gepöhlten plötzlich stören, Fremdkörper sind. Warum? Einfach deshalb, weil sie etwas mitbringen, das wir nicht erwarten, das von uns, bevor wir es überhaupt erst untersuchen, abgelehnt wird. Später gibt es sich. Das „Neue“ ist nicht mehr neu; es ist angegliedert, vielleicht auch in den gemeinsamen Schatz unserer Anschauungen schon längst aufgenommen. Manchmal fällt der Blah sogar recht würdig aus; manchmal aber bekommt durch die Fremdheit der ersten Begegnung die Sache einen Stoß, und so zerbricht oft, was Werte entwickeln konnte. Ost.

Das Leben ist zumißt gutig. Ich will es an unserem Äpfelkorbbesitzer beweisen: Nach etwa 10 Kilometer Fahrt durch graues Gelände unterhält sich der Mann schon mit den Kofferbesitzern. Der Korb steht nun gar nicht mehr im Wege. Einen Apfel hält sogar der Junge des Dicken in den Händen, der vorher mit aller ihm zur Verfügung stehenden Mimik protestiert hat. Während ich mich vorher in tief schürfende Betrachtungen verließ, muß die Wandlung geschehen sein.

Der Äpfelmann gehört jetzt zu uns. Er ist trotz Personenzugberechtigung vollwertiges Mitglied der D-Zug-Fahrer-G. m. b. H. geworden, und als er an der nächsten Haltestelle aussteigt, bedauert man die Kürze der Bekanntschaft. „Retter Kerl“, sagte der Dicke, „solche Leute müßte es mehr geben!“

An Stelle der bekanntlich sehr nützlichen Betrachtung sehe ich nunmehr zufrieden — einen Punkt.

Ingenieurbauten aus Eis

Alle Baustoffe sind vergänglich. Sie unterliegen den Einflüssen der Witterung, werden in ihrem Aussehen und zusehst auch in ihrer Form verändert. Der Grad ihrer Beständigkeit entscheidet über ihre Verwendungsmöglichkeit. Und nun kommt ein Ingenieur, der allen Ernstes den Vorschlag macht, einen Baustoff zu benutzen, dessen Vergänglichkeit wir in jedem Frühjahr, ja auch bei manchen Witterungswechsel beobachten können: das Eis.

In der Arktis und in der Antarktis baut man wohl mit Erfolg Schneehäuser, die Natur selbst läßt gewaltige, phantastische Gebilde entstehen, die Eisberge, die sogar Riesenschiffe gefährden. Aber auch diese gewaltigen Gebilde unterliegen den wärmenden Strahlen der Sonne. Sie lösen sich nach und nach auf und werden eins mit dem Meere, auf dessen Rücken sie die Fahrt ins Ungewisse antreten.

In unseren Breiten aber oder gar in tropischen Gegenden sind an sich keine natürlichen Vorbedingungen für die ständige Verwendung von Eis für Ingenieurbauten gegeben. Daher schlägt Dr. Ing. G. v. G. v. Waldenburg vor, solche Bauten für bestimmte Zwecke unter Verwendung künstlicher Kälte auszuführen. Er denkt dabei an die Schaffung von Frostdämmen, die an unseren Küsten als Wellenbrecher dienen könnten, oder an Dammbauten. Man könnte auch in Hochwassergefährdeten Gebieten nach seiner Ansicht Kälteanlagen und Rohrleitungen vorsehen, die bei steigendem Wasserstand dienen könnten. Auch Schiffsfahrtsstraßen, die großen Veränderungen durch unbeständige Strömungen ausgegesetzt sind, sollen durch Rohrleitungen und Gefrieranlagen mit einem künstlichen Bett versehen werden.

Dr. G. v. G. v. G. denkt dabei an die Tatsache, daß bereits im Jahre 1882 im Bergbau künstliche Kälte zum Zwecke des Schachtbaues angewendet wurde, ein Verfahren, das sich bis heute glänzend bewährt hat. Es handelt sich dabei um die Aufgabe, das Grundwasser zum Gefrieren zu bringen, so daß keine besonderen Schwierigkeiten beim Abtaufen eines Schachtes entstehen können. Man verfährt dabei so, daß man um den niedrigerliegenden Schacht tiefe Bohrörter in die Erde senkt. In diese Bohrörter bringt man dann unten verschlossene Röhren. In diese Röhren führt man sogenannte dünnere Einfüllröhren bis fast auf ihren Boden hinab. Durch diese Einfüllröhren wird nun eine Kälteflüssigkeit in die Tiefe geleitet. Reist kommt hier Ammoniak mit Sole zur Verwendung. Diese auf zwanzig Grad gekühlte Flüssigkeit bringt in Kanälen um den Schacht angeordneten Röhren das Grundwasser zum Gefrieren.

Auf dieses Verfahren will Dr. G. v. G. v. G. aufbauen. Er verweist dabei auf eine Versuchsanlage, bei der zur Kälteerzeugung flüssige Luft verwendet wurde. Mit ihrer Hilfe wurde in einem See ein Dammbau innerhalb von drei Stunden aus Eis geschaffen. Ohne Zuführung neuer Kälte hielt der Dammbau etwa vier Tage bei einer Wassertemperatur von 6 bis 8 Grad Celsius.

Eine weitere Anwenbungsmöglichkeit glaubt Dr. G. v. G. v. G. darin zu sehen, daß an geeigneten Stellen im Ozean Gefrierwerke, die fest am Boden des Meeres verankert sind, errichtet werden können, um Pflegerstützpunkte zu gewinnen.

Diese Vorschläge, die Eis als einen normalen Werkstoff betrachten, erscheinen zunächst reichlich optimistisch, wenn man ihnen auch eine gewisse Logik nicht absprechen kann. Das ganze Verfahren ist zweifellos theoretisch möglich. Dies entscheidet aber nicht, daß eine Sache an sich richtig ist, entscheidend ist vielmehr, mit welchem Kostenaufwand eine praktische Anwendung möglich ist. Man darf nicht vergessen, daß zur Erzeugung von Kälte Wärme gebraucht wird. Wärme aber kostet Geld. Wie hoch werden die Betriebskosten, um einen dauerhaften Bau aus Eis selbst in der warmen Jahreszeit zu unterhalten? Hier dürften die Erfahrungen, die man bei der Bergung beschädigter Schiffe unter Zuhilfenahme von Eiswänden gewonnen hat, einigen Aufschluß geben können. Es handelt sich hier um ein Bergungsoverfahren, das von dem Rigaer Ingenieur Kimmul erdacht wurde. Dieses Verfahren, das verhältnismäßig kleine Eiswände benötigt, erfordert sehr starke Kälteanlagen, deren Betriebskosten ziemlich hoch sind.

Es hat in der Technik also als Baustoff bereits Verwendung gefunden. Ob es aber in dem Ausmaße in wärmeren Ländern benutzt werden kann, wie Dr. G. v. G. v. G. vorschlägt, das kann erst beurteilt werden, wenn wir mit großen Aufheißer billige arbeitende Gefrieranlagen schaffen können.

Die Teuerung von Milch und Butter

Bringt die Erhöhung der Butter- und Milchpreise der Landwirtschaft einen Nutzen?

Die Butterpreise sind auf dem Weltmarkt infolge starker Einfuhren nach England, das vom 1. März ab Einfuhrzölle erhebt, in den letzten Wochen erheblich gestiegen. Diese internationale Butterhausse wird auf dem deutschen Buttermarkt und durch die infolge der Kältemelle gesunkene Milchproduktion erheblich verstärkt. Da die Milchpreise von den erzielbaren Butterpreisen abhängig sind, wurde gestern von der Berliner Notierungskommission der Milchpreis von 12% auf 16% Pfennig erhöht, was die Kleinhändler veranlassen wird, die Verkaufspreise für Milch entsprechend zu steigern. (Man hört übrigens, daß die Milchhändler nur um zwei Pfennig erhöhen möchten.)

Wenn auch zuzugeben ist, daß die bisherigen Milch- und Butterpreise einen großen Verdienst für die Landwirtschaft nicht zulassen, so muß doch bezweifelt werden, ob durch eine Preiserhöhung die Erlöse aus dem Verkauf an Butter und Milch gesteigert werden können. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jeden Monat eine Markterstatistik. Das letzte Ergebnis dieser Statistik liegt für den Monat November vor. Aus ihr entnehmen wir, daß im letzten Jahr der Frischmilchabfuhr um 10,2 Proz. zurückgegangen ist. Noch stärker als der Rückgang des Gesamtabfuhr von Frischmilch ist die Ein-

schränkung des Flaschenmilchverbrauchs. So ist in Berlin der Gesamtfrischmilchabfuhr um 14,1 Proz. kleiner geworden, der Flaschenmilchabfuhr ist aber um mehr als ein Drittel, um 38,5 Proz., gesunken! Aber auch in ländlichen Gebieten ist der Milchkonsum stark zurückgegangen. Zum Beispiel in Baden ist der Gesamtmilchabfuhr um 8,7, der Flaschenmilchabfuhr um 37 Proz. gesunken. Hierzu schreibt das Statistische Reichsamt wörtlich: „In dem verringerten Verzehr von Milch spiegelt sich die wirtschaftliche Kollage weiter Kreise der Bevölkerung wider.“

Aber auch der Butterabfuhr ist erheblich zurückgegangen. Allein von Oktober bis November vorigen Jahres ist der Absatz an Butter um 7 Proz. gesunken. Und dieser Rückgang des Konsums erfolgte trotz sinkender Preise!

Also was können Preiserhöhungen jetzt der Landwirtschaft nutzen? Gar nichts. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist so gedrosselt, daß jede Preiserhöhung den Absatz an Milch und Butter in noch stärkerem Maße wie bisher verringern wird, so daß die Erlöse aus dem Verkauf an Rohwareprodukten, die ja vom Mengenabfuhr auch abhängen, nicht steigen, sondern sinken werden, wenn man jetzt Preiserhöhungen vornimmt.

Gesetzesring gegen Kapitalflucht

Die Lücken werden immer schärfer geschlossen.

Die Reichsregierung hat am Freitag neue Devisenbestimmungen erlassen. Noch immer braucht die Reichsbank für Kapitalfluchtwecke monatlich 50 bis 60 Millionen Devisen. Die Bestimmungen richten sich gegen direkte Kapitalflucht, Transport von Reichsmarkbeständen über die Grenze, gegen den Verkauf von ausländischen Wertpapieren in Deutschland bzw. Umwandlung der Erlöse in Devisen und schließlich gegen die Abdeckung von Reichsmarkschulden an Ausländer.

Die neue, d. h. zehnte Durchführungsverordnung zur Devisenordnung bestimmt, daß Reichsmarknoten, die aus dem Ausland oder dem Saargebiet an inländische Kreditinstitute eingeführt werden, dort nur auf Sperrkonten ausgebracht werden dürfen. Ebenso kommen Einzahlungen von Ausländern, die im Inland auf Auslandskonten geleistet werden, zunächst auf Sperrkonten. Eine Verfügung über dieses Sperrguthaben wird nur gestattet werden, wenn der Nachweis geführt wird, daß die eingezahlten Beträge dem betreffenden Ausländer mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle im Inland ausgehändigt wurden oder daß er sie in anderer Form als in Reichsmarknoten aus dem Ausland mitgebracht oder von dort zugeführt erhalten hat. Kann ein solcher Nachweis nicht geführt werden, so wird eine Verfügung über die zugeführten Beträge — wie über andere Sperrkonten — nur zu langfristiger Kapitalanlage im Inland gestattet.

Künftig soll auch, ebenso wie schon bisher der Erlös aus Wertpapierverkäufen, der Erlös aus der Liquidierung anderer inländischer Vermögensanlagen von Ausländern, insbesondere aus Grundstücksverkäufen, auf ein Sperrkonto gebracht werden. Das gleiche gilt für Beträge, die einem Ausländer im Wege der Erbschaft anfallen. Ferner werden künftig die inländischen Guthaben von Personen, die nach dem Ausland übersiedeln, wie Altguthaben eines Ausländers behandelt. Die Vorschrift, daß Inländer einer Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle zu jeder Verfügung über Reichsmarkforderungen bedürfen, die zugunsten von Ausländern oder Saarländern erfolgt, richtet sich gegen das Ueberhandnehmen der Abdeckung von Reichsmarkschulden an Ausländer durch Berechnung mit Reichsmarkforderungen an Ausländer.

Ähnlichen Zwecken dient die Vorschrift, wonach die Exporteure zu ihren zehntägigen Nachweisungen an die Reichsbank über den Eingang von Exportvaluten auch darüber Rechenschaft zu geben haben, in welcher Form sie Zahlungen auf ihre Reichsmarkforderungen erhalten haben. Für Leistungen der Versicherungsnehmer in Fremdwährung aus Versicherungsverträgen, die nach dem Inkrafttreten der neuen Verordnung geschlossen werden, wird die Freigrenze aufgehoben, da insbesondere auf dem Gebiet der Lebensversicherung unter Inanspruchnahme der monatlichen Freigrenze von 200 Mark noch immer Abschlüsse von wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Fremdwährungsvericherungen erfolgen.

Andere Bestimmungen beziehen sich schließlich auf die Pflicht zur Anbiederung und Ablieferung von Devisen an die Reichsbank. Der Kreis der anbieterpflichtigen Personen wird auf alle Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts ausgedehnt. Ferner wird festgestellt, daß auch Personen, die erst nach dem 2. Oktober 1931 — dem Stichtag des letzten Devisen-

auftrags — wieder einen Wohnsitz im Inland genommen haben oder nehmen, der Anbiederungspflicht unterliegen. Dies gilt insbesondere auch für solche Personen, die infolge der Reichsfluchtsteuerbestimmungen wieder einen inländischen Wohnsitz begründet haben. Gewissen Versuchen, sich der Anbiederungspflicht zu entziehen, wird dadurch begegnet, daß die Reichsbank das Recht erhält, von dem Pflichtigen die Kündigung noch nicht fälliger Forderungen zu verlangen und sich bei Fälligkeit den Erlös übertragen zu lassen. Die Reichsbank erhält schließlich auch das Recht zu verlangen, daß Devisen, die zum Ankauf ungeeignet sind, ihr oder einer Devisenbank zum Inkauf übertragen werden.

Die Hamburger Konsumentenkommission warnt.

Um Agrarpreise und Sondersteuern.

Die Hamburger Konsumentenkommission — wir haben diese Einrichtung leider nur in Hamburg; sie hat in der Art, wie die Handelskammern und die Handwerkskammern die Interessen von Handel und Gewerbe wahrzunehmen, die Interessen der Verbraucher zu vertreten — beschäftigte sich im Anschluß an den Jahresbericht für 1931, den Hugo Bäcklein vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine gab, unter anderem auch mit den Maßnahmen der Reichsregierung, zu einer erheblichen Senkung des Preisniveaus zu kommen. Die Kommission bezeichnet es als untragbar, daß das Preisniveau für die landwirtschaftlichen Produkte auf die Dauer völlig vom Weltmarkt gelöst werde.

Ferner warnt sie vor den Bestrebungen, einen Konzessionszwang für Groß- und Filialbetriebe einzuführen, da eine solche Maßnahme nicht der Preisentlastung, sondern der künstlichen Ausschaltung unbedeutsamer Konkurrenz, die bisher den Verbrauchern

manchen Vorteil gebracht hat, dienen soll. Die Kommission wendet sich ferner gegen die erhöhte Umsatzsteuer für Großbetriebe und die Aufhebung der Freizügigkeit des Warenverkehrs durch beschränkende Ausgleichssteuern für Fleisch, wie sie in Bayern und Sachsen eingeführt und für Preußen in Aussicht genommen seien. Im Zusammenhang mit der Preisentlastungsaktion wird eine Herabsetzung der öffentlichen Tarife und eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben durch weitgehende Verwaltungsreformen für notwendig gehalten.

Leichtere Kapitalherabsetzung.

Die Reichshilfe für die Banken.

Im Rahmen der Oktober-Ratverordnung waren Bestimmungen erlassen worden, die bei Kapitalherabsetzungen bis zum 30. Juni 1932 technische Erleichterungen vorsehen. Damit sollten die Unternehmungen zu dem für viele von ihnen dringlich erforderlichen Schritt der Sanierung ermuntert werden. Nunmehr wird zu diesem Teil der Ratverordnung eine Durchführungsvorschrift erlassen. Sie beansprucht deshalb besonderes Interesse, weil sie offensichtlich mit der unmittelbar bevorstehenden Bankenbereinigung zusammenhängt.

Zwei Bestimmungen der Durchführungsvorschrift sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Die eine besagt, daß, wenn Kapitalherabsetzungen in erleichtelter Form und die sich daran anschließenden Kapitalerhöhungen gleichzeitig mit der Vorlage der Bilanz beschlossen werden, das Kapital und die Reserven schon in der neuen Höhe in der Bilanz ausgewiesen werden können. Das bedeutet, daß in den jetzt erscheinenden Bilanzbilanzen die Verluste, die sonst unvermeidlich gebucht hätten werden müssen, nicht zu erscheinen brauchen, weil sie durch die neu zu beschließenden Kapitalerhöhungen gleich getilgt werden. Eine Schönheitsretouche also, die aber bei Bilanzbilanzen, die bekanntlich noch empfindlicher und falscher sind als schöne Frauen, eine große Rolle spielt.

Die zweite wichtige Bestimmung befreit das Reich, die Länder, die sonstigen öffentlichen Körperschaften und die Goldkreditbank von dem Erfordernis der Barzahlung, wenn sie im Rahmen der erleichterten Kapitalherabsetzung neue Aktien übernehmen. Damit soll offenbar die unmittelbar bevorstehende Kapitalhilfe des Reiches und der Reichsbank (eventuell auf dem Weg über die Goldkreditbank, wie der Wortlaut der Durchführungsvorschrift vermuten läßt) bei der Sanierung der Großbanken erleichtert werden.

Diese Bestimmung könnte aber auch darüber hinaus für die Zukunft Bedeutung gewinnen. Man kann nicht wissen, bei wievielen Unternehmungen noch die öffentliche Hand im gesamtwirtschaftlichen Interesse eingreifen muß. Es muß grundsätzlich verlangt werden, daß die öffentliche Hand ihre Hilfe an die Bedingung einer ausreichenden Sanierung mit entsprechender Kapitalherabsetzung knüpft, und sich für ihre Hilfe aktienmäßigen Einfluß sichert.

Fusion Commerzbank — Barmer Bankverein.

Wie gemeldet wird, kann der angekündigte Zusammenschluß der Commerz- und Privatbank A.G. mit dem Barmer Bankverein vormals Hinsberg, Fischer u. Comp., als beschlossen gelten.

Der Aufsichtsrat der Darmstädter und Nationalbank wird gleichfalls am Montag, dem 22. Februar 1932, zusammenzutreten. Eine Bilanzbesprechung kommt bei der Danabank wegen der bevorstehenden Fusion mit der Dresdner Bank nicht mehr in Frage.

Lörrichte Bierstreifheke.

Preis-Kommissar Goerdeler lehnt ein Entgegenkommen nicht rundweg ab.

Die Empörung der Berliner Gastwirte über die Ungerechtigkeit bei der Senkung der Bierpreise, zu der wir uns gestern grundsätzlich geäußert haben, ist bedenkenlos politischen Gruppen, wie den Nationalsozialisten und Kommunisten, nur ein Feuerzeichen, an dem demagogische Parteiuppen gekocht werden. Ein sogenannter Kampfausschuß hat gestern einen Bierstreik beschlossen, der ab Montag durchgeführt werden soll, und dieser unter kommunistischer Führung stehende Kampfausschuß will mit einer unter nationalsozialistischer Führung stehenden Gruppe heute gemeinsame Sache machen! Wer die Forderungen dieser Gruppen gelesen hat, weiß, daß sie absolut agitatorisch sind und weit über alles Mögliche und auch im Interesse der Gastwirte Liegende hinausgehen.

Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß die Kraft der Berliner Gastwirte nicht zusammengefaßt werden kann, um für vernünftige Ziele einzustehen zu werden. Es wird sicher so kommen, daß das Vernünftige und Erreichbare, d. h. die gerechtere Verteilung der Preisentlastung zwischen Brauereien und Gastwirten verfaßt werden wird, weil die Gast-

wirte in ihrer Gesamtheit nicht sowohl realpolitischen Geist und Verständnis für ihre wirklichen Interessen aufbringen, wie es in solcher Lage notwendig ist.

Wir sagen noch einmal, daß die Gastwirte um einen hohen Einfluß spielen. Sie werden die Sympathie der Öffentlichkeit und der Verbraucher verlieren, die bisher auf ihrer Seite ist, wenn sie sich von den radikalen Bauernfängern für ausschweifende und gefährliche Demonstrationen mißbrauchen lassen. Das Mißtrauen der Gastwirte sollte wahrlich dadurch gestärkt werden, daß nach uns zugegangenen Informationen die Brauereien selbst gegenwärtig die Bierstreifheke ideell und materiell unterstützen, um auf diese Weise die Reichsregierung zu Maßnahmen im Interesse der Brauereireaktionäre gezüglich zu machen!

Die bisherigen Verhandlungen der Gastwirte-Vertreter haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Preis-Kommissar hat aber eine Verringerung seiner Verfügung nicht rundweg abgelehnt, sondern offengelassen, ob nicht in einzelnen Punkten eine Wiederrückung zugunsten der Gastwirte möglich sei.

UNS KENNT JEDER BERLINER

6 STÜCK 20

Joselli JUNO o.M. Rund

Durchführung der Dffhilfe.

Deputate dürfen nicht gepfändet werden.

Eine Ergänzungsnotverordnung des Reichspräsidenten zu den Vorschriften über die Zwangsvollstreckung und das Sicherungsverfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben erklärt die den Arbeitern gegebene Naturallohnergütung, d. h. die Deputate und das davon ernährte Vieh für unpfändbar. Weiter sollen die sehr neu gewährten Dünger- und Saatgutfkredite bei Sicherungsbetrieben nach Aufhebung des Verfahrens, d. h. der Unmöglichkeit einer Sanierung, öffentlich rechtlichen Ansprüchen gleichgestellt sein. Für alle bereits einmal umgeschuldeten Betriebe sollen ferner Anträge auf Stellung unter Sicherungsverfahren noch bis zum 15. März 1932 zulässig sein. Die Notverordnung vom 17. November, nach der ein Sicherungsverfahren für früher schon einmal umgeschuldete Betriebe ausgeschlossen war, wird dadurch erheblich gemildert. Diese Neuerung soll auf einen ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten zurückgehen.

Reichsgericht gegen Kartellwillkür.

Eine für den Treibstoffhandel wichtige Entscheidung.

Daß die Belieferung des deutschen Marktes mit Treibstoff unrationell erfolgt, da die Zahl der Tankstellen infolge der Konkurrenz der großen Handelsgesellschaften viel zu hoch ist, ist seit langem bekannt. Eine Rentabilität dieses überlegten Tankstellennetzes war nur dadurch zu erreichen, daß Preiskartelle, sogenannte Treibstoffkonventionen, gebildet wurden, die den Markt monopolistisch beherrschen und die Preise diktieren.

Jetzt hat das Reichsgericht einer solchen Preiskonvention untersagt, einen Tankstellenbesitzer planmäßig zu unterbinden und wirtschaftlich zu ruinieren. Dieser Tankstellenbesitzer arbeitete billiger als die Konvention und nahm niedrigere Preise als sie und verdiente doch gut. Als er der Aufforderung, der Konvention beizutreten und seine Preise zu erhöhen, nicht nachkam, wurde er von der Konvention, ohne Rücksicht auf ihre Gesehungskosten, unterbunden. Er sollte erledigt werden, damit man nachher um höhere Preise nehmen könnte.

Das Reichsgericht hat unter Hinweis auf die Preisfestsetzung die Maßnahmen der Konvention, die eine wirtschaftliche Verdrängung des Konkurrenten durch „Behinderungswettbewerb“ bezwecken, verboten, denn letzten Endes sollte hierdurch nur eine Preiserhöhung durchgesetzt werden. Die Maßnahmen der Konvention ständen in Widerspruch zu den Notverordnungen, die auf eine Lockerung der starren Preise abzielten. — Es ist gut, daß durch dieses Reichsgerichtsurteil wenigstens die Möglichkeit besteht, daß Kartellwillkür in der Preisbildung durch Konkurrenten korrigiert wird. Der Preisminister hat ja leider von seiner Energie gegenüber den Kartellen herzlich wenig Gebrauch gemacht.

Russen aus der Treibstoffkonvention ausgeschlossen.

Der für ganz Deutschland gebildeten Treibstoffkonvention der großen Oelgesellschaften hatten bisher auch die Russen (Derop) angehört. Jetzt hat die Treibstoffkonvention die Bindung zu den Russen aufgehoben, da die Russen ihren Absatz in Deutschland mit allen Mitteln und „ohne jede Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten“ zu steigern suchten. Ein neuer Preiskampf am Treibstoffmarkt ist also zu erwarten.

Großbankfusion auch in Frankreich.

Die Banque de l'Union Parisienne, eine der größten französischen Geschäftsbanken, die sich im Herbst vergangenen Jahres in schweren Zahlungsschwierigkeiten befand, soll, wie aus Paris gemeldet wird, mit einer anderen Pariser Großbank in ein enges Zusammenarbeitungsverhältnis gebracht werden. Es handelt sich um den Credit Mobilier, der unter den Geschäftsbanken Frankreichs an dritter Stelle steht. Möglicherweise werden beide Institute miteinander verschmolzen. Während der Credit Mobilier in den letzten Jahren eine ver-

hältnismäßig vorsichtige Geschäftspolitik betrieb, hat die Union Parisienne ihre Interessen außerordentlich stark ausgebaut, vielfach gemeinsam mit dem gegenwärtig größten Rüstungskonzern Europas, Schneider-Creusot, mit dem sie schon lange in engsten Beziehungen steht. Diese Expansion hatte zur Festlegung umfangreicher Mittel geführt.

Im Oktober vorigen Jahres war die Union Parisienne, hauptsächlich infolge dieser Expansion, nicht mehr in der Lage, den Anforderungen nachzukommen, so daß die übrigen Pariser Großbanken mit einem Betrage von etwa 350 Millionen Franken einspringen mußten.

Der Bergbau im Januar. Im Januar wurden in den hauptsächlichsten deutschen Steinkohlegebieten 8,59 Millionen Tonnen Kohle gefördert, gegen 8,90 Millionen im Dezember und 11,40 Millionen im Januar v. J. Die Belegschaften betragen im Januar 323 201 gegen 327 232 im Dezember und 404 232 im Januar vorigen Jahres. In Mittelsdeutschland und im Rheinland wurden 9,27 Millionen Tonnen Braunkohle im Januar gefördert und 2,21 Millionen Britische erzeugt, gegen 10,93 Millionen

Förderung im Dezember, 10,78 Millionen Förderung im Januar vorigen Jahres, bzw. 2,82 und 2,41 Millionen Britische.

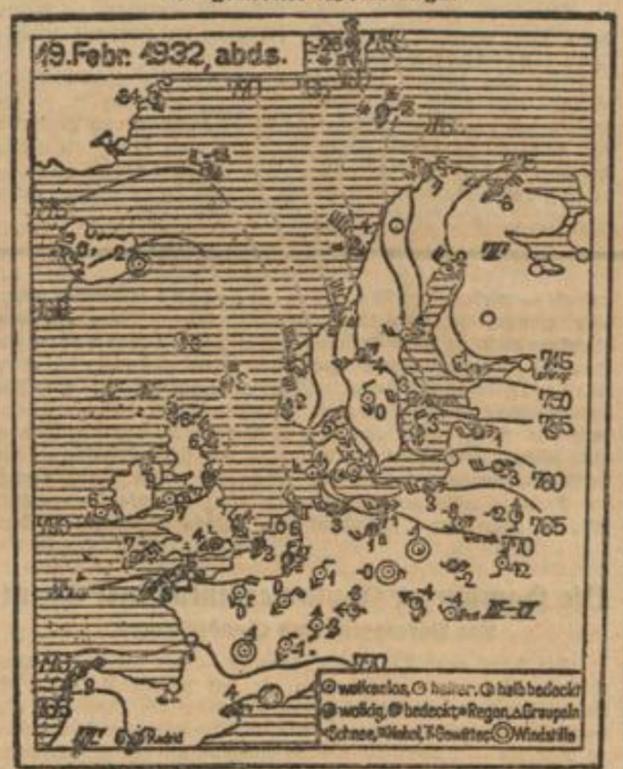
Deutsche Roggenkäufe. Die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft hat dieser Tage etwa 80 000 Tonnen russischen Roggen, darunter zum Teil in Rotterdam und in Hamburg, zum Preise von etwa 4,90 holländischen Gulden je 1000 Kilogramm gekauft.

Preislenkung in der Filmindustrie. Vereinbarungen mit dem Preislenker sollen durch Preislenkung bei Rohfilmen, Filmaufnahmen, Metallbearbeitung, Klebgerätschaften, Eisen und Senkung der Fertigung für die Filmproduktion eine Kostenlenkung um 20 Proz. bringen und eine entsprechende Senkung der Eintrittspreise in den Kinos ermöglichen.

Der deutsche Stromverbrauch im 1931 weiter gestiegen. Das Statistische Reichsamt beziffert die deutsche Stromerzeugung im Jahre 1931 auf 15,9 Milliarden Kilowattstunden gegen 16,8 und 16,9 Milliarden in den beiden vorhergehenden Jahren.

Kusfall eines Vortrags. Der Vortrag des Genossen Professor Lederer über „Autarkie und Weltwirtschaft“, der am 22. Februar im Sozialen Institut stattfinden sollte, fällt aus, da Lederer dienstlich verhindert ist.

Allgemeine Wetterlage.



Mit der Ausbreitung feuchter Luft nach Süden kam es in der Nacht zum Freitag in West- und Norddeutschland zu rascher Ausbildung von Nebel und Schichtwolken. Dadurch blieben die Temperaturen am Tage recht niedrig und stiegen nur wenig über Null. Im übrigen Reich setzte sich das heitere bis wolkenlose Wetter fort. — Kräftiger Druckanstieg über dem Gebiet zwischen England und Island sowie starker Druckfall über den Ostseeländern hat in den letzten 24 Stunden zu einer raschen Änderung der Druckverteilung geführt. Ueber die Nordsee und Skandinavien schiebt sich ein breiter nordwestlicher Luftstrom nach Mitteleuropa. In seinem Bereich wird unser Gebiet in den nächsten beiden Tagen wechselnd wolkiges Wetter mit einzelnen Schauern haben.

Wetter für Berlin: Wechselnd wolkig, vereinzelt Schauer, im ganzen etwas milder, aufsteigende Winde aus Nordwest. — Für Deutschland: Im Süden ziemlich ruhiges, nebligtes Wetter ohne nennenswerte Niederschläge; im übrigen Deutschland wechselnd wolkig mit einzelnen Schauern, Temperaturen meist einige Grade über Null.

Gewinnauszug

Table with columns for 'Ohne Gewähr' and 'Nachdruck verboten', listing lottery numbers and prizes for the 10th drawing on Feb 19, 1932.

Table with columns for 'Ohne Gewähr' and 'Nachdruck verboten', listing lottery numbers and prizes for the 2nd drawing on Feb 19, 1932.

Theater, Lichtspiele usw. Staats Theater, Winter Garten, Schiller-Theater, Stadt. Oper, Reimshallen-Theater, Neues Th., Berliner Theater.

GR. SCHAUSPIELHAUS Tagl. 8 U. Hoffmanns Erzählungen, Volksbühne, Fuhrmann Henschel, Die Bettelstudent, Theater in der Stresemannstr., Prinz Methusalem, Metropo-Theater, Ein Lied der Liebe, Lessing-Theater, Berliner Ulk-Trio.

HAUS WATERSLAND, Feiernungs-Restaurant Berlins, Wasch-Maschinen-Geräte, Raddatz, Deutscher Metallarbeiter-Verband.

KLEINE ANZEIGEN, Verkauft, Radio, Nähmaschinen, Kleiderstücke, Wäsche usw., Kautschuche, Fahrräder, Ver-schloßenes, Gebraucht.